

Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis für die CSR.: Einzel-Nummer . K 1.40 Monatlich . . . „ 6.— Vierteljährlich . . . „ 18.— Bezugspreis für das Ausland Einzel-Nummer . K 2.— Monatlich . . . „ 8.— Vierteljährlich . . . „ 24.—

Deutschland, eine Despotie!

Sturz der Gewaltherrschaft, die revolutionäre Aufgabe

„Einernur ist Herr im Reiche, und das bin Ich!“ verkündete einst Wilhelm II. Damals lachte die ganze Welt.

„Einernur ist Herr im Reiche und das bin Ich!“ kann heute Adolf Hitler sagen. Es wird niemand darüber lachen.

Adolf Hitler besitzt heute eine Macht, wie sie kein deutscher Kaiser, ja, kein russischer Zar besessen hat. Deutschland ist heute die vollkommenste Despotie der Welt.

Die Sozialdemokratische Partei ist verboten. War sie zuvor noch erlaubt? Das Verbot hat nur noch das Pünktchen auf das i gesetzt.

In der Despotie des Dritten Reiches ist eine öffentlich auftretende und öffentlich wirkende Sozialdemokratie undenkbar.

Gegenüber der Despotie hat die Sozialdemokratie nur noch eine Existenzberechtigung: die einer revolutionären Partei!

Eine revolutionäre Partei rechnet mit Verboten — und richtet sich auf den Kampf ein gegen sie!

Die revolutionäre Sozialdemokratie ist nicht verletzbar und nicht zerstörbar. Zerstört ist nur der Apparat der alten staatsrechtlichen Sozialdemokratie, die es in der demokratischen Republik gegeben hat. Nachdem die Demokratie durch die Despotie ersetzt worden ist, ist an die Stelle der staatsrechtlichen die revolutionäre Sozialdemokratie getreten. Sie proklamiert den Kampf gegen die Despotie, der nur ein revolutionärer Kampf sein kann.

Auch die Despotie hat das begriffen. Sie hat den Traum derer, die noch von Frieden träumten, mit rascher Hand zerstört. Sie hat ihre Häsher ausgeschickt, um die Funktionäre der Sozialdemokratie in ihre Kerker und Konzentrationslager zu holen.

Tausende ehrlicher, braver Funktionäre der Arbeiterbewegung sind von Verbrechern aus ihren Wohnungen geholt, verschleppt und ihrer Freiheit beraubt worden. Die Despotie hat dabei keinen Unterschied gemacht zwischen denen, die die revolutionäre Situation schon begriffen hatten und den anderen, die sich gegen diese Erkenntnis noch sträubten. Sie hat keinen Unterschied gemacht zwischen „Prag“ und „Berlin“. Sie hat diesen Unterschied beseitigt und allen die revolutionäre Situation, in der sie sich befinden, vordemonstriert.

Die Despotie hat im Zuge ihrer neuen Terroraktion Paul Löbe als den ersten geholt. Paul Löbe, in dessen Hand der Reichspräsident von Hindenburg einst seinen Eid auf die Verfassung abgelegt hat! Hindenburg hat einst Löbe in die Hand gelobt, daß er in Deutschland Recht und Gerechtigkeit schützen werde. Jetzt sieht er zu, wie der untadelige Mann, in dessen Hände er seinen Eid geleistet hat, von Buben seiner Freiheit beraubt wird. Warum? Nach der Erklärung des Burschen Göbbels deshalb, weil die Machthaber von heute es nicht ertragen können, daß ihnen der „Neue Vorwärts“ vom Auslande her die Wahrheit sagt.

Paul Löbe hat nicht für den „Neuen Vorwärts“ geschrieben. Der „Deutschen Freiheit“ in Saarbrücken hat er auf eine

Einladung zur Mitarbeit ablehnend geantwortet, weil er von Berlin aus doch nicht die ganze Wahrheit sagen könne. Jetzt hat die Despotie die ganze Wahrheit über sich selber enthüllt, indem sie Löbe als Geißel gefangen nahm.

Und wie Löbe hat sie noch tausende weggeschleppt, die ebensowenig wie Löbe etwas getan hatten, das nach den Gesetzen zivilisierter Länder strafbar ist. Man hat sie in der Nacht aus ihren Wohnungen geholt, weggerissen von weinenden Frauen und Kindern, man hat sie aus den Verstecken hervorgezerrt, man hat sie verschleppt, mißhandelt und hält sie gefangen.

Wehe ihren Peinigern, wenn der Tag der Vergeltung kommt!

Hugenberg! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Die Trümmer seiner Partei treiben in Hitlers Hafen. Die schwarzweißrote Kampffront ist nicht mehr Front und kämpft auch nicht mehr, ihre Soldaten sind übergelaufen, um ihre Haut in Sicherheit zu bringen. Die Ehre ist futsch, die Diäten sind gerettet. Die eingesperrten Deutsch-

nationalen und Stahlhelmer läßt man bis auf weiteres wieder laufen — warum nicht, man kann sie ja jeden Tag wieder einfangen!

Das Kabinett, dem das Ermächtigungsgesetz gegeben wurde, existiert nicht mehr. Hitler braucht keine neue Ermächtigung — er hat ja die Macht! Vom Reichspräsidenten lebt nur noch ein Schatten, der Reichstag, die Landtage, die Kommunalvertretungen sind zerschlagen. Auf den Türmen der Kirchen flattern die Hakenkreuzfahnen. Durch die Büros, die Kontore, die Betriebe schleichen die Horcher. Sie spitzen die Ohren und lauschen, ob sich nicht irgendwo ein Geflüster erhebt, das den neuen Herren gefährlich werden könnte.

Nichts ist im Dritten Reich so groß, wie die Angst vor der Wahrheit!

Hugenberg geht — kommt nun der „deutsche Sozialismus“? Ach nein. Der „deutsche Sozialismus“ ist schon da! Es spielt für das Unternehmertum den Aufpasser und regiert über die Arbeiter mit der Reitpeitsche. Er treibt die Lebensmittelpreise in die Höhe und drückt den

Wert des Arbeitslohns. Dieser „deutsche Sozialismus“ ist weder deutsch noch sozialistisch, er ist eine Verunglimpfung des Deutschtums und ein Betrug am Sozialismus.

Sturz der Despotie! Vernichtung der Gewaltherrschaft! Es kann kein anderes Ziel, keinen anderen Gedanken geben! Freiheit — aber nicht für die Vernichter der Freiheit! Menschenrechte — aber nur für Menschen, nicht für Bestien! Es war eine furchtbare Lektion, wir haben aus ihr gelernt! Die deutsche Demokratie war nicht die erste, die an ihrer Schwäche zugrunde gegangen ist — aber immer noch ist der Gedanke der Freiheit in neuen Formen wieder aufstanden. Und noch nie hat es eine Despotie gegeben, die nicht zum Schluß in Schmutz und Blut zusammengebrochen ist.

Den Sturz der Despotie, das heißt den Sieg der Arbeiterklasse und des Sozialismus beschleunigen — es gibt nur noch dieses eine, wofür es lohnt zu leben und zu sterben, sonst nichts! F. St.

Verhaftungen, Verhaftungen!

Motto: „Es kommt jeder dran!“

Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, die Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln, der Unterdrückungsfeldzug gegen das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Gleichschaltung des Stahlhelms hat eine ungeheure Welle von willkürlichen Verhaftungen zur Folge gehabt. Tagelang sind Heere von Kriminalbeamten, von SA. und SS. in ganz Deutschland zur Verfolgung von unheimlichen Gegnern aufgebogen worden. Aus der ihnen angeborenen Feigheit aber scheuen sich die Machthaber, der Öffentlichkeit über die Zahl und die Umstände der Verhaftungen Kenntnis zu geben. Oft erfahren selbst die

nächsten Angehörigen nichts über die Verhaftung oder den Aufenthalt der verschleppten Opfer. Die Wahrheit wird unterdrückt, nur durch Zufall kommen Mitteilungen über Verhaftungen an die Öffentlichkeit.

Es ist deshalb überaus schwierig, ein einwandfreies Bild zu erhalten über die Gesamtzahl der Verhaftungen, bezw. über die einzelnen Fälle. Die Zahl von 3000 sozialdemokratischen Funktionären als Ergebnis der Verhaftungswelle der letzten Woche ist wahrscheinlich viel eher zu niedrig als zu hoch geschätzt. Aus Hamburg wird die Verhaftung von 200 sozialdemokratischen Funk-

tionären, aus Magdeburg von 200, aus Dresden von 150, aus Senftenberg (Niederlausitz) von 265, aus Frankfurt a. M. von 50, aus Essen von 26, aus Bremen von 20, aus Recklinghausen von 12 gemeldet. Selbst diese Einzelzahlen lassen erkennen, wie wahllos und rigoros alles gegriffen wurde, dessen man habhaft werden konnte.

Bei den Verhafteten aber handelt es sich nicht nur um Abgeordnete der Sozialdemokratie im Reichstage, in den Landtagen oder um Funktionäre in den Kommunalparlamenten, auch zahllose einfache Mitglieder der Partei, die lediglich das Verbrechen begangen haben, ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben, sind bei Nacht und Nebel weggeschleppt und eingesperrt worden. Von den Mitgliedern des neuen Parteivorstandes befinden sich Löbe, Stelling, Westphal und Künstler in Haft; gemeldet wird auch die Verhaftung des Abgeordneten Fritz Ebert, des Sohnes des ehemaligen Reichspräsidenten, der Reichstagsabgeordneten Petrich und Frölich, Thüringen, des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordneten Jasper. Diese Liste ist natürlich unvollständig. Daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten verhaftet werden sollen, zeigen die Durchführungsbestimmungen, die Göring zu dem Verbot der SPD. erlassen hat. Danach sollen auch diejenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich in der letzten Zeit von der Partei getrennt haben, nicht geschont werden.

Daß die Verhaftungen in zahlreichen Fällen von gemeinsten Mißhandlungen begleitet waren, ist bei dem herrschenden Verbrechertum kein Wunder. Besonders schlimm scheint es bei der Verhaftung Stelling ergangen zu sein. Er wurde schwer mißhandelt.

Ein besonderes Bubenstück ist die Verhaftung Leuschner, des deutschen Vertreters im Internationalen Arbeitsamt in Genf. Leuschner wurde bei seiner Rückkehr von Genf in Freiburg-Baden festgenommen. Das ist die Rache des Saufboldes Ley für die tap-

Das Verbot der Partei Erklärung des Parteivorstandes

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Parteiverbotes erließen die in Freiheit befindlichen Mitglieder des Parteivorstandes folgende Erklärung:

„Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, d. h. ihre völlige rechtswidrige und gewaltsame Unterdrückung kommt nicht mehr überraschend. Seit Tagen wußte man, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands und die Spannungen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung so stark geworden sind, daß die gewaltsame Unterdrückung aller politischen Parteien als Ablenkungsmanöver in die Aussicht genommen war.

Mit der gewaltsamen Enttarnung der am 5. und 12. März dieses Jahres rechtmäßig gewählten sozialdemokratischen Volksvertretern aus den öffentlichen Körperschaften ist der letzte Schein demokratischer Legalität vernichtet. 12 Millionen arbeitender und wahrheitsrechtlicher Menschen sind ohne jede Vertretung. Die Zerstörung aller Einrichtungen der demokratischen Republik, des Reichstags, der Landtage, der Gemeindever-

tretungen, die Vernichtung aller Volksrechte zu Gunsten einer verbrecherischen Parteiherrschaft ist damit vollendet.

Von den heutigen Machthabern Deutschlands verfolgt, beschimpft und verleumdet zu werden, ist für ehrenhafte und aufrechte Menschen nur eine Ehre.

Kein Verbot kann die Sozialdemokratische Partei töten. Sie lebt, und sie regt sich kräftiger als zuvor. Jetzt ist klare Bahn für die Arbeit in neuen Formen und mit neuem Geiste geschaffen. Die taktischen Differenzen zwischen Berlin und Prag sind durch das Eingreifen der rohen Gewalt erledigt. Unser erbitterter, rücksichtsloser Kampf, der von glühendster Leidenschaft für das hohe Ziel der Befreiung Deutschlands von dem Joche des zur Zeit regierenden Verbrechertums erfüllt ist, findet nun kolossal Hemmungen mehr. Er wird innerhalb der deutschen Grenzen ein millionenfaches Echo finden, das Ende der Verbrecherherrschaft beschleunigen und das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren.

fere Haltung von Leuschner, der während der ganzen Tagung in Genf treu an der Seite seiner Klassen-genossen stand und den Arbeiterverrat der Nazis weder in der Frage der 40-Stunden-Woche noch bei ihrer Beschimpfung anderer Staaten und der ausländischen Arbeitervertreter mitmachte. Bedarf es noch eines besseren Beweises für die Richtigkeit des Wortes von Jouhaux, daß Ley kein Arbeitervertreter, sondern nur ein Gefängniswärter sei?

In Bayern hat man hunderte von Mitglieder der Bayrischen Volkspartei verhaftet. Unter ihnen befinden sich nicht nur der ehemalige Staatsrat Fritz Schäffer, bis zur Machtergreifung Hitlers der einflussreichste Politiker Bayerns, sondern auch der greise Prälat Leicht, der seit anderthalb Jahrzehnten Führer der Bayrischen Volkspartei im Reichstage gewesen ist. Auch der Führer der Bayernwacht, Ritter von Lex, befindet sich unter den Inhaftierten. Vor der Verhaftung hat ihn nicht geschützt, daß er mehr als vier Jahre an der Front war, daß er selbst schwer

kriegsverletzt ist, daß alle seine Brüder im Kriege gefallen sind. Nicht einmal die Tatsache, daß er als Sprecher der Bayrischen Volkspartei am 23. Mal die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag begründet hat, war Schutz für ihn!

Ähnlich ist es zahlreichen Stahlhelmführern in Thüringen ergangen. Der erste Stahlhelmführer Oberstleutnant a. D. Lindworm wurde in Eisenach ins Polizeigefängnis eingeliefert. Der ehemalige Stahlhelmführer, Major a. D. von Voigt mußte wegen Beschimpfung Seldtes sogar den Gang ins Zuchthaus Untermarsfeld antreten. In Bayern und in Württemberg hat man auch zahllose katholische Geistliche inhaftiert.

Feigheit, Angst, Verfolgungen, Haß und gemeinste Verbrecherinstinkte haben bei diesem Feldzug gegen politisch Andersdenkende zusammengewirkt. Aber noch immer gilt das Wort: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“

Torgler und die Bulgaren

Wie kommen sie zum Reichstagsbrand?

Nachdem der plumpe Versuch, die Sozialdemokratie für den Reichstagsbrand mitverantwortlich zu machen, kläglich gescheitert ist, hält die Hitlerregierung desto hartnäckiger an der Behauptung fest, dieser Brand, der ihr soviel genützt hat, sei ein Werk der kommunistischen Internationale. Und da der Exkommunist und Stammgast nationalsozialistischer Ferienheime Van der Lubbe nicht ausreicht jene Behauptung glaubwürdig erscheinen zu lassen, hat man den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Torgler als seinen angeblichen Komplizen in Haft genommen und später noch drei geheimnisvolle Bulgaren, Dimitroff, Popoff und Taneff dazu. Von den Dreien, die sich als Flüchtlinge in Deutschland aufhielten, wurde erzählt, daß sie wegen des großen Bombenattentats in der Kathedrale in Sofia i. J. 1925 zum Tode oder zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden seien.

Ueber den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler ist in diesem Zusammenhang kaum noch etwas zu sagen. Er ist in Berlin eine wohlbekannte Persönlichkeit, und es gibt wohl unter denen, die ihn kennen, keinen einzigen, der an seiner Unschuld zweifelt. Vom Moralischen ganz abgesehen — Torgler ist intelligent genug, um zu begreifen, daß der Reichstagsbrand geradezu ein Göttergeschenk für die Hitlerregierung werden mußte, und zweifellos hätte er jeden, der ihn mit einem so absurden Vorschlag gekommen wäre, als einen Lockspitzel Görings betrachtet und behandelt.

Im Gegensatz zu Torgler sind die drei verhafteten Bulgaren der Welt ziemlich unbekannt. Nach Feststellungen, die ein Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ in Deutschland getroffen hat, ist die Anklage gegen sie nicht weniger absurd. Das Geheimnis des Bombenattentats in der Kathedrale zu Sofia, das zahlreichen Menschen das Leben kostete, ist bisher ebensowenig aufgeklärt wie das des Reichstagsbrandes. Von den drei Männern, die als angebliche Attentäter auf dem Galgen endeten, war nur einer, Friedman, ein Kommunist, und dieser war unschuldig. Von den drei in Berlin festgenommenen Bulgaren haben aber sogar die bulgarischen Behörden selbst niemals behauptet, daß sie mit dem Attentat in der Kathedrale irgend etwas zu tun gehabt hätten. Dieser Zusammenhang ist erst von der Polizei Görings in Berlin gefunden worden. Dimitroff hatte Bulgarien schon 1923, zwei Jahre vor dem Attentat, verlassen. Er und seine beiden Landsleute haben mit dem Attentat von Sofia ebenso wie mit dem Reichstagsbrand nicht das allergeringste zu tun.

Die Hitlerregierung hat den Reichstagsbrand für ihren Absprung zum Staatsstreich gebraucht. Wer hat ihr das Sprungbrett geliefert? Torgler nicht, der dazu viel zu klug ist, die drei Bulgaren nicht, die man erst nachträglich in die Sache hineingezogen und verleumderischer Weise mit dem Attentat von Sofia in Verbindung gebracht hat, um ihre Beteiligung an der Brandstiftung im Reichstag als glaubhaft erscheinen zu lassen. Der holländische Exkommunist aber, der im Sommer in Hakenkreuzheimen Gastrollen gibt, mag noch so fleißig mit seinen Kohlenzünden herumgelaufen sein, daß er als Be-

auftragter der kommunistischen Internationale gehandelt hat, glaubt kein Mensch!

Die Verfolgung Torglers und der drei Bulgaren wegen angeblicher Brandstiftung ist eines der furchtbarsten Justizverbrechen, die die Geschichte kennt. Aus Gründen des nationalsozialistischen Parteiegoismus werden vier Unschuldige in Haft gehalten und mit dem Tode bedroht. Wenn einmal die Geschichte der größten Schurkenstreiche geschrieben wird, die die Weltgeschichte verzeichnet, wird man dieses nicht vergessen dürfen!

Der Apparat ist tot - es lebe die Bewegung!

Ein Genosse, der seit der Reichskonferenz im April dem Parteivorstand angehört und seit zwei Jahrzehnten auf dem linken Flügel der Partei steht, schreibt uns:

Unter den Schlägen der Konterrevolution ist das eisernerne Gerippe der deutschen Arbeiterbewegung zerbrochen, ist ihr gewaltiges organisatorisches Gefüge zerstört worden. Die größte Armee der Sozialistischen Internationale hat eine ungeheure Niederlage erlitten und ist in Auflösung begriffen. Der größte Staat Europas, im Zentrum der alten kapitalistischen Welt gelegen und mit den glänzendsten Produktionsmitteln ausgerüstet, ist in die Hände einer faschistischen Diktatur gefallen, die das Brutalste darstellt, was die moderne Menschheit bis jetzt auf diesem Gebiet erlebt hat. Sechzig Millionen Menschen leben in entsetzlichster Sklaverei. Alles, was drei Generationen sozialistischer Arbeiter in sechzig Jahren Kampf und Organisationsarbeit errungen haben, ist in drei Monaten zusammengeschlagen worden. Aus dem öffentlichen Leben ist jede Opposition verbannt, jede Handlung, die sich gegen das Regime auflehnt, ist mit Tod und Zuchthaus bedroht.

Das ist die Situation, vor der wir stehen. Und sie ist dunkel genug, daß jedem, der sozialistisch denkt und fühlt, der Atem stockt vor Sorge darüber, welches Schicksal dem Weltsozialismus bevorstehen mag, wenn hier, auf dem klassischen Boden der um ihre Freiheit kämpfenden Arbeiterbewegung, die ehren Würfel so zerschmetternd gegen den Sozialismus gefallen sind. Aber diese Situation ist doch nicht so dunkel, daß der um die Gesetze der ökonomischen Entwicklung wissende, marxistisch geschulte Sozialist nicht schon das Neue sehen könnte, das in dem politischen Chaos dieser Tage um Auftrieb und Geltung ringt.

Denn gerade diese fanatische Ausschließlichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft ist es, die den Kern des Zusammenbruchs und die Garantie ihres episodenhaften Ablaufs in sich birgt. Diese auf ihrer Ausschließlichkeit wie auf einer Messerspitze balancierende Herrschaft wütet wie ein Amokläufer gegen jede andere Weltanschauung, ohne jedoch selbst ein eigenes Weltbild zu besitzen. Sie versteigt sich im Kampf um ihre Selbstbehauptung zu den bizarrsten Formen, verbrennt in wahrhaft kindischer Raserei Bücher, verjagt berühmte Gelehrte und

Ein Schurke mißhandelt einen Ehrenmann

Immer häufiger werden die Fälle, in denen die Nazis politische Gegner, die sie in das Konzentrationslager bringen, zunächst moralisch mißhandeln und einem aufgebetzten Lumpengesindel als Schaustück ausliefern. Den Fällen Remmele und Marum in Karlsruhe und dem Fall Bolz in Stuttgart und vielen anderen reiht sich nun der Fall Lüdemann in Breslau an. Lüdemann, der in Berlin verhaftet wurde, wurde nach Breslau transportiert und dort dem Fememörder Heines, jetzt Polizeipräsident von Breslau, ausgeliefert. Daß Heines an einem wehrlosen Gegner kalte Rache nehmen würde, paßt zu der Natur dieses Mannes, der immer nur mutig war, wenn er einen wehrlosen Gegner vor sich hatte. Im Polizeipräsidium wurde Lüdemann dafür von Heines in Gegenwart der Beamten der Polizei und der höheren SA-Führer auf das gemeinste beschimpft, dann durch das Oberpräsidium geschleppt, in dem er früher seines Amtes gewaltet hatte. Danach wurde Lüdemann, von SA-Männern begleitet, durch die belebtesten Straßen der Stadt geführt, wo der Zug natürlich erhebliches Aufsehen erregte. Der Bericht der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“, dem wir dies alles entnehmen, erzählt weiter:

„Am Ring und auf der Schweidnitzer Straße stauten sich die Massen. Hunderte gingen nebenher und brachen in Verwünschungen gegen Lüdemann aus. Vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal hatte die Standartenkapelle 11 Aufstellung genommen. Tausende hatten sich hier angesammelt. Polizeipräsident Obergruppenführer Heines kommandierte „Halt“ und sprach noch einige Worte an die

Menge, die dann das Horst-Wessel-Lied sang. Dann ging es weiter zum Konzentrationslager.“ Im Konzentrationslager wiederholte sich dieses Schauspiel. So nahm der Schurke Heines Rache an dem Ehrenmann.

Angst vor den Toten

Die lebenden Gegner, soweit sie wehrlos sind, kann man in Konzentrationslager sperren, aber was macht man mit den unbequemen großen Toten? Man kann ihre Bücher von Hunnen verbrennen lassen, kann ihre Namen verlernen, aber noch aus ihren Gräbern spricht ihr Geist für sie. Also, weg mit den Gräbern. In Mannheim haben braune Buben das bescheidene Denkmal Ludwig Franks zerstört, desselben Mannes, der 1914 zu den ersten gehörte, die sich freiwillig für die Landesverteidigung meldeten und der als einer der ersten fiel für dasselbe Volk, dessen entarteter Teil jetzt aus „nationalen Gründen“ das Denkmal dieses tapferen Frontkämpfers zerstört. Welch eine ritterliche Kumpanei! Wem wundert es da noch, daß die Hitlerpartei jetzt im Münchener Stadtrat beschließen ließ, die Grabsteine für Kurt Eisner und Gustav Landauer zu entfernen und ihre Gräber für „erloschen“ zu erklären! Die beiden waren erlesene Geister von Weltruf und wurden von reaktionärem Gesindel ermordet. Darum weg mit Gräbern, die so gegen Barbarei und Hunnentum künden! Grabschändung war den Braunen seit je geläufig — alte Weiber und Feiglinge fürchten sich vor den Toten nun einmal noch mehr als vor den Lebenden.

Diktator über Ulstein

Der Nationalsozialist Dr. Eduard Stadler wurde mit der politischen Leitung sämtlicher im Ulstein-Verlag erscheinenden Druckschriften betraut.

Aerzte, proklamiert an Stelle der Vernunft das Gefühl, füttert das Gefühl mit sinnlosen Schlagworten, stürmt Gewerkschaftshäuser und Kirchen, verhaftet Arbeiterführer und Geistliche, macht einen Boxkampf zu einer göttlichen Entscheidung zwischen Rasse und Rasse, stellt den Rundfunk ab, da die Entscheidung zu ihren Ungunsten fällt, spielt den Friedensapostel in einem zur Komödie erniedrigten Parlament und macht den Clown auf Weltkonferenzen, drückt ihre bürgerlichen Bundesgenossen an die Wand und schließt gleichzeitig Freundschaftsbündnisse mit dem Bolschewismus, betont die Priorität der national-„sozialistischen“ Revolution und läßt im selben Augenblick durch eine Umlagesteuer der Unternehmer ihre Parteikasse füllen, jagt aus einem Paradoxon ins andere und kennt nur einen Trieb, den der Vernichtung.

Revolution gegen Bajonette

Nur eines tut sie nicht, was allein ihrer Herrschaft entwicklungsgeschichtliche Daseinsberechtigung geben könnte: sie tastet nicht die mit dem Stand der Gesellschaft in schärfstem Widerspruch stehende kapitalistische Produktionsordnung an.

Sie ist ein Organ der Zerstörung, der Negation, des Ressentiments — ihre Aktionsbasis ist da zu Ende, wo die geschichtliche Aufgabe jeder herrschenden Partei heutzutage beginnt, am Sozialismus. Und da in dem Land, das am furchtbarsten unter der kapitalistischen Weltkrise leidet, jede Regierungsformel auf diese Entscheidung gestellt ist, da die Massen selbst, die durch ihre Verzweiflungspsychose das jetzige Regime an die Macht geschwemmt haben, mit ihrem Schwergewicht auf diese Entwicklung drücken, so muß die politische Basis des deutschen Faschismus immer mehr und mehr zusammenschmelzen bis zu dem Punkt, wo jedes Tausend verllorener Stimmen nur noch durch ein neues Maschinengewehr aufgewogen werden kann.

Es hieße jedoch den Machtwillen der jetzigen Gewaltthaber unterschätzen, wollte man in Zweifel setzen, daß sie alles tun werden, um diese Entwicklung zu meistern. Sie werden die Gewalt bis zur letzten grausamsten Konsequenz anwenden und sie werden — was das Gefährlichere ist — die Hirne und Herzen der heranwachsenden Generation in ihren Bann zu schlagen versuchen, wie das ihr

Vorbild, der klügere Mussolini, nicht ganz ohne Erfolg versucht hat. Und hier liegt die große Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung, deren Apparat man zwar dem Erdboden gleichgemacht hat, deren sozialistisches Denken und Fühlen man jedoch nicht zerstören könnte. Es geht jetzt um die Seele der jüngeren Generation — es geht später, wenn nur noch Bajonette gegen Menschen stehen, um die revolutionäre Austragung dieses Kampfes.

Um die Führung

Neu Spiel hebt an in Deutschland, eine von Grund auf neue Front formiert sich auf dem Feld der Niederlage, und ganz neue Methoden des Kampfes, grundverschieden von denen der Vergangenheit, wachsen aus den harten Erfahrungen dieser Niederlage. Zwar herrscht noch chaotisches Durcheinander im Lager des Proletariats, zwar ist von einem planmäßigen Aufmarsch noch nichts zu sehen, und die noch vorhandenen Kräfte des Widerstandes verbluten sich resultatlos in verzweifelten Einzelhandlungen, aber schon sammeln sich die Starken, die Jungen, die Zukunftsgläubigen und schauen aus nach einer Fahne.

Alles hängt jetzt davon ab, wer die Führung übernimmt und wie diese Führung aussieht. Man spürt schon, daß der Kampf begonnen hat, denn Einzelne werden mutiger, exponieren sich. Es ist eine seltsame Erscheinung, daß die Rebellion in jenen Kreisen zuerst sichtbar wird, die zu den Trägern der Konterrevolution gehörten, bei den SA.-Garden. Da sie sich sicherer fühlen als die von Gefängnis und Konzentrationslager bedrohten Arbeiter, wagen sich einzelne proletarische und lumpenproletarische Schichten der SA. in der Opposition weiter vor. Sie werden ausgeschieden und stumm gemacht, sie ziehen ihre Uniform aus und versinken, aber im Proletariat gärt es weiter. Und so entsteht die Gefahr, daß Elemente, die gestern bolschewistisch waren, heute faschistisch wurden und morgen wieder bolschewistisch werden können, die Führung an sich reißen und unsägliches Unheil anrichten. weil sie objektiv die Gesetze des Klassenkampfes nicht beherrschen und subjektiv brüchige und käufliche Charaktere sind. Die Gefahr ist um so größer, weil jeder Kampf nunmehr illegal geführt werden muß, was das Auftauchen dunkler Existenzen außerordentlich erleichtert und weil der große

Spalter der Arbeiterschaft, der Nationalbolschewismus im Osten, schnell seine Hände im Spiel haben würde. Die deutsche Arbeiterschaft würde unter solcher Führung aus einer Katastrophe und Enttäuschung in die andere stürzen.

Wie ist diese Gefahr zu bannen? Kann die Führung der Sozialdemokratie, die zwar mit manchen Fehlern und Unterlassungssünden der Vergangenheit belastet ist, aber im letzten Stadium der Entwicklung sich doch zu einer scharfen Wendung herumwarf, wenn auch ihre Absicht des Kampfes mit allen Konsequenzen am Apparat selbst scheiterte, mit Aussicht auf Erfolg an die Spitze der neuen Bewegung stellen? Sie hat die Antwort darauf in ihrem ersten Aufruf bereits gegeben. Es handelt sich nicht darum, wer jetzt an die Spitze der Bewegung tritt, sondern einzig und allein darum, den neuen Führern, die im Kampf aus der Bewegung erstehen werden, geistig den Weg zu bahnen, ihnen die gemachten Erfahrungen zu übermitteln, ungeschminkt, rücksichtslos gegen uns und die Vergangenheit, um sie vor abermaligen Fehlern zu bewahren. Es ist nichts mehr zu verderben, was nicht schon verdorben wäre, helfen kann uns und denen, die nach uns kommen, nur noch die lauterste Wahrheit, auch wenn sie bitter ist.

Mene, tekel, upharsin!

Der Kampf um Sein oder Nichtsein der sozialistischen Bewegung in Deutschland spielt sich ab auf einer geistigen und organisatorischen Grundlage, die eine völlig andere sein wird als die, auf der die Partei in den fünfzehn Jahren der nunmehr gestürzten Republik gestanden hat. Und es wird auch von schicksalhafter Bedeutung für die Sozialistische Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien sein, ob sich in Deutschland schnell genug eine Elite des Proletariats formiert, die unsere Erkenntnisse aufnimmt und sich mit revolutionärer Entschlußkraft auf diese neue Plattform einstellt. Es wird unendlich viel davon abhängen — viel mehr jedenfalls als die Frage, wer berechtigt ist, die Brahmanenfeder eines Führers am Hute zu tragen —, ob die geistigen Kräfte der Partei noch imstande sind, mit den letzten Resten an sich bereits zerstörter, aber in vielen Köpfen noch nachwuchernder Illusionen zu brechen und so diese neue Plattform zu schaffen.

So furchtbar das Los der verbotenen Partei und ihrer Funktionäre jetzt auch ist, so entsetzlich auch die Friedhofsruhe infolge des Fehlens jeder oppositionellen Partei auf Deutschland lastet, eines hat der Ausschließlichkeitsfanatismus Hitlers zuwege gebracht: Klarheit!

Gewiß wäre diese Klarheit früher oder später auch eingetreten, aber mittlerweile hätte sich ein Verwesungsprozeß entwickelt, dessen giftige Dünste weit über die Grenzen Deutschlands hinauszugreifen und die Idee des Sozialismus furchtbar zu kompromittieren drohten. Man stelle sich einmal vor, was die sadistischen Regiekünstler in der Wilhelmstraße aus einem Reichsparlament mit sozialdemokratischer Vertretung noch alles hätten machen können; man denke sich, wie verheerend ein von der Zuchtrute Görings betreuter „Vorwärts“ auf den Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiter gewirkt hätte; man erinnere sich, wie die Schmach des 1. Mai, die in der Seele jedes klassenbewußten Proletariats brannte, von führenden Gewerkschaftlern in eine „historische Tat der Gleichberechtigung“ umgedeutet wurde; man schaue im Geist noch einmal auf jene Reichstagssitzung am 17. Mai, den schwärzesten Tag der stolzen deutschen Arbeitergeschichte, und man sieht deutlich den Abgrund, in den eine große, ruhmbedeckte Partei zu stürzen drohte. Dann erst kann man ermessen, wie wertvoll diese von Hitler geschaffene Klarheit für den Kampf der sozialistischen Welt gegen die Weltkonterrevolution ist.

Aber eben deshalb, weil, wie leider oftmals in der Geschichte der Republik, es der Gegner war, der uns diese Klarheit aufzwang, ist schärfste Selbstkritik geboten. Es wäre unrecht, die Gruppe des 17. Mai für ihre Handlungsweise moralisch verantwortlich zu machen ohne gleichzeitig zu konstatieren, daß die Politik des kleineren Übels, deren letzte und widersinnigste Konsequenz diese Gruppe zog, seit 1918 der Leitfadern der Partei gewesen ist. Die Genossen des 17. Mai hängen eben am stärksten in den Fesseln eines Apparats, der über sich selbst hinausgewachsen und zum Selbstzweck

worden war, sie erachteten leere Mandate wichtiger als das Vertrauen der Massen und fanden dann nicht mehr die Kraft, sich von den traurigen Resten des Apparats loszulösen, um die Bewegung und die Idee rein zu erhalten.

Es ist ein weiter Weg von 1918 bis 1933, ein Weg der Irrungen und Fehler, und die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands hat die Verantwortung zu tragen. Was ihr jetzt auferlegt wird, ist furchtbar schwere Schuld eigener Sünden, von der Spaltung angefangen bis zur letzten Kapitulation. Unsere Aufgabe ist es, mit dem Messer der Kritik die Schnittpunkte dieser Entwicklung bloßzulegen, da wo aus Kompromiß und Kraftlosigkeit die heutige Niederlage geboren wurde: der blutige Bruderkampf mitten in der Revolution, der dem geschlagenen Feind gestattet, sich sofort wieder in wichtigen Wachpositionen festzusetzen; der Verzicht auf die Ausnützung des revolutionären Sieges nach der Niederwerfung des Kappaufstandes, als dreiviertel des deutschen Volkes mit dem Generalstreik für schärfste Maßnahmen votiert hatten; die widerstandslose Hinnahme der verfassungsbrecherischen Exekution gegen die sozialistischen Freistaaten Sachsen und Thüringen 1923, die ihre grausam-ironische Analogie in dem Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932 fand; die unbegreifliche Verschleuderung des prächtigen Wahl-

wegs 1928 durch eine unwürdige Panzerkreuzeraffäre, die die Partei bis ins tiefste aufwühlte — das alles sind Bruchstellen einer Taktik, die nun zu Grabe getragen ist.

Zur Herrschaft der Arbeiterklasse

„Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus!“ So lauten die Kernsätze im Kampf des ersten „Neuen Vorwärts“, das sind die Grundsätze, um deren Anerkennung die Opposition in der Partei seit anderthalb Jahrzehnten gerungen hat, sie können nun das Fundament werden, auf dem sich die neue kämpfende Partei erhebt. Jede Demokratie, die nicht entscheidend von der Arbeiterklasse bestimmt wird, schlägt um in Reaktion. Jede Koalition, die nicht aus Kraft neue Kraft zu schöpfen versteht, dient dem Gegner. Jede Bourgeoisie liefert lieber die ganze Staatsmacht dem Faschismus aus, ehe sie den Machtanspruch der Arbeiterklasse erfüllt, sollten dabei auch ihre eigenen bürgerlichen Organisationen in Trümmer gehen.

Ja, es führt ein weiter Weg vom Sessel des deutschen Reichspräsidenten Ebert bis zur Emigration der Sozialdemokratischen Partei und an seinem Rand liegen unzählige zerbrochene Illusionen. Nun aber muß die Fahne neu aufgerichtet werden für die kämpfenden Menschen in Deutsch-

land. Millionen schauen Antwort heischend nach Prag. Wird sich hier das geistige Zentrum bilden, das den neuen Weg zu weisen imstande ist? Werden sich hier alle Richtungen in der einen Aufgabe finden können, geschlossen den Kampf gegen ihren Todfeind zu eröffnen?

Die Bewegung stirbt nicht mit dem Apparat. Der Apparat kann zerschlagen werden, die Bewegung ist unsterblich, so lange ihr Sinn nicht erfüllt ist. Was nicht mehr funktioniert, das ist die Apparatur. Jede Führung, wo sie sich auch befindet, ist räumlich abgeschnitten von den kämpfenden Menschen im Innern Deutschlands. Apparatur und Regie sind verschwundene Begriffe. Aber die, die da drinnen jetzt den Kampf aufnehmen, würden auch diese Dinge der Vergangenheit mit einer Handbewegung wegschieben. Die Menschen, die Tod und Zuchthaus auf sich nehmen, sind jeder apparatlichen Vormundschaft entwachsen. Jeder Versuch, sie mit alten Mitteln zu beeinflussen, muß zur Lächerlichkeit führen. Noch nie ist, so wie jetzt in Deutschland, im Geburtsland von Karl Marx, das Wort zur Wahrheit geworden, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Wie lange es dauert? Wir fragen nicht danach. Wir wissen, daß wir siegen werden. Wir greifen an!

Die Tragödie Schmaus

Der Sohn schießt auf SA.-Räuber — den Vater ermordet man

In Köpenick, in der Siedlung Alte Dahlwitzstraße, steht das kleine Haus des Genossen Johann Schmaus, eines Sekretärs beim Landarbeiterverband. Der 53jährige hatte als Frontsoldat den Krieg vom ersten bis zum letzten Tage mitgemacht. Er war zweimal verwundet worden, aber schließlich doch glücklich zu seiner Frau und seinen vier Kindern zurückgekehrt, denen sich später ein fünftes, jetzt ein 13jähriges Mädchen, zugesellte. Das Familienleben war das denkbar innigste. Natürlich waren die Mitglieder der Familie Schmaus' auch gute Genossen. Sie taten in Reih und Glied ihre Pflicht, ohne besonders hervorzutreten.

Köpenick ist aber ein besonders heißer Boden. In der Kaiserzeit war es der Schauplatz einer weltgeschichtlichen Komödie deutschen Kadavergehorsams, im Dritten Reich wurde es die Stätte der grauenvollsten Tragödien.

Von hier wurde die Wohlfahrtspflegerin Marie Jankowski weggeschleppt, um in einer SA-Kaserne nackt ausgezogen und halbtot geschlagen zu werden.

Die Gummiknüppel und Stahlruten der Köpenicker SA haben in Berlin ihren besonderen Ruf . . .

Im Hause des Genossen Schmaus hatte im Laufe des 21. Juni eine sogenannte „Haus-suchung“ durch die SA stattgefunden, die „nichts Belastendes“ ergeben hatte. Trotzdem erfolgte um 11 Uhr in der Nacht ein neuer Einbruch. Die offiziellen Berichte gaben als Zweck dieses Einbruches eine zweite „überraschende Haussuchung“ an und nennen als Beauftragte dieser Aktion 6 SA-Männer vom Sturmabteilung 15.

Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, die nächtlichen Einbrecher als „Hilspollizisten“ zu maskieren!

Offenbar handelt es sich um eine jener eigenmächtigen Aktionen nichtamtlicher Personen, die Göring in seinen Erlässen immer wieder verbietet und zu denen Goebbels in seinen Reden immer wieder anreizt.

Zweifellos haben in zivilisierten Ländern Privatpersonen kein Recht, bei Tage oder bei Nacht sogenannte „Haussuchungen“ zu veranstalten. Zweifellos haben in zivilisierten Ländern die mit solchen „Haussuchungen“ Bedacht das Recht zur Abwehr. Dieses Recht würde in zivilisierten Ländern desto sicherer feststehen, wenn solche „Haussuchungen“ — wie das in Deutschland zumelst der Fall ist — von Plünderungen oder Verschleppungen von Personen und grausamen Mißhandlungen begleitet wären. In zivilisierten Ländern würden sich alle Sympathien den friedlichen Bürgern zuwenden, die ihr Leben und ihre Habe gegen gewalttätige Eindringlinge verteidigen. Der Schutz der Behörden wäre ihnen ebenso gewiß, wie den Gewaltverbrechern die gerechte Bestrafung.

In Deutschland ist aber heute alles anders. In Deutschland dürfen bewaffnete Banden halbwüchsiger Jungen das Land unsicher machen, bei Tage und bei Nacht in fremde

Wohnungen einbrechen und plündern und morden. Wehe dem, der sich zu wehren wagt!

Anton, der älteste Sohn des Hauses Schmaus wagte es dennoch.

Anton schoß, tötete drei der Angreifer und verwundete einen weiteren schwer. Dann rannte er, nur mit einer Badehose bekleidet, durch die Nacht zum Polizeirevier und stellte sich.

Die SA holte ihn aus dem Polizeirevier heraus. Ueber das, was seitdem mit ihm geschehen ist, verlautet nichts . . .

Dagegen fand man den Vater im Hause erhängt.

Die offiziellen Berichte lägen von Selbstmord. Genosse Johannes Schmaus hat keinen Selbstmord begangen. Er ist von den SA-Leuten durch Erhängen ermordet worden.

Nicht genug damit, schleppte man auch alle anderen Familienmitglieder, deren man habhaft werden konnte, angefangen von der 50jährigen Mutter bis zur 13jährigen Tochter in das Gefängnis. Einem Schwiegersohn gelang es, nachdem er schon mißhandelt worden war, sich durch die Flucht zu retten.

Auf dem gedruckten Papier, das sich heute „deutsche Presse“ nennt, ist der Entrüstung über die „marxistischen Mörder“ kein Ende. Die Nachricht, daß Genosse Johann Schmaus, der Vater des Schützen, sich selber das Leben genommen habe, wird, obwohl jeder ihre Unwahrheit erkennen muß, mit Biedermannsmiene wiedergegeben. In Presse und Rundfunk windet man dem Helden der Einbrecher Lorbeerkränze und bedenkt ihre Opfer mit Flüchen und Drohungen, die bestimmt nicht leere Worte bleiben werden. Die Terrorwelle steigt!

Anton Schmaus hat durch seine Tat nicht nur sich selber geopfert, sondern seiner Familie namenloses Unglück gebracht. Aber wenn ein Mensch, ein ehrenhafter unschuldiger Mensch es vorzieht, sich zu wehren statt sich wehrlos verschleppen und peitschen zu lassen — wer will deshalb einen Stein auf ihn werfen?

Die braune Presse nennt Anton Schmaus einen marxistischen Mörder. Die Geschichte wird ihn einen Kämpfer für Deutschlands Freiheit nennen. Im Herzen der kämpfenden Arbeiterklasse bleibt ihm ein Platz für immer!

Prätorianer meutern

Nazi-Hauptleute ins Konzentrationslager

Wie die Pressestelle der NSDAP mitteilt, haben die ehemaligen Parteigenossen Hauptmann a. D. Cordeman, Hauptmann a. D. von Marwitz, Hauptmann a. D. Wolf und Hauptmann a. D. Dr. Zucker, sämtliche in Berlin, durch telegrafische und telefonische Einwirkungen auf ihre Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsunternehmungen usw. versucht, dem Führer die Freiheit von Entschließungen zu rauben. Sie sind auf Anordnung des Führers sofort ihrer Ämter entbunden und aus der Partei ausgeschlossen worden. Auf Befehl des Reichskanzlers wurden sie in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingeliefert.

Es ist schon eine eigene Sache um das Totalitätsprinzip. Erst wurden die Sozialdemokraten und Kommunisten niedergeschlagen, dann kamen die bürgerlichen Mittelparteien dran. Ihnen folgte Hugenberg mit seinem Troß, und noch ist dieser „Aufsaugeprozeß“ nicht ganz vollendet, da beginnt die Hitlererei ihre eigene Opposition zu verhalten. So fressen sie sich gegenseitig auf, bis schließlich nur noch das Triumvirat Hitler-Göring-Goebbels bleibt. Und auf der anderen Seite der Barriere stehen 60 Millionen Menschen. Wie lange noch?

Starhemberg über Hitler

Der Führer der österreichischen Heimwehr, Starhemberg, sagte in einer Rede: „Ich klage die deutsche Reichsregierung an, daß sie mitschuldig ist an den Verbrechen, die in Oesterreich begangen wurden und ich

klage Hitler vor der ganzen Welt an, daß er die Verantwortung dafür zu tragen hat, daß deutsches Blut in Oesterreich vergossen wurde.“

Ich klage ihn an, daß er mitschuldig ist an den Meuchelmorden und Terrorakten in Oesterreich und daß er unter nationaler Maskierung das deutsche Volk dem Bolschewismus in die Arme führt. Das nationalsozialistische System in Deutschland ist nicht der Faschismus, ist nicht nationale Erneuerung, sondern Bolschewismus mit nationaler Tarnung.

Ich klage ihn an, daß er einen neuen Kulturkampf in Deutschland heraufbeschwört, was die Schwächung, ja geradezu die Vernichtung des Deutschtums nach sich ziehen kann.

Ich klage ihn an, daß er sein Programm verraten hat und daß er die Massen betrügt und irreführt. Was er tut, ist undeutsch, der Staat, den er bildet, ist undeutsch und ist ein Staat, der für orientalische Völker, niemals aber für das deutsche Volk geeignet ist.

Hakenkreuz auf den Kirchen

Der von einem Kommissar Görings geleitete Evangelische Oberkirchenrat hat angeordnet: Bei allen festlichen Anlässen in Kirche und Staat sind außer der Kirchenfahne auf den evangelischen Kirchen und kirchlichen Gebäuden die Hoheitszeichen des Reichs, die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne, zu hissen.

Juden sind Parias

Aus der deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte seine Mitglieder aufgefordert, sich den neuen berufsständischen Organisationen anzuschließen. Dieser Versuch einer Loyalitätskundgebung ist jetzt mit folgenden offiziellen Fußtritt beantwortet worden:

In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß jüdische Arbeitnehmer von allen Organisationen der Nationalsozialisten, also auch von den Verbänden der deutschen Arbeitsfront ein für allemal ausgeschlossen bleiben.

Im Zusammenhang damit wird der Gedanke erörtert, sämtliche jüdischen Arbeitnehmer beider Geschlechter und aller Berufsgruppen zusammen mit den übrigen jüdischen Mitgliedern der verschiedenen Berufe in einen Gesamtverband der jüdischen Beschäftigten zusammenzufassen, dem, wie weiter offiziell erklärt wird, im wesentlichen wohl nur gesellschaftliche Bedeutung zukommen würde, und der an die deutsche Arbeitsfront nicht angegliedert werden könnte.

Für den Antisemitismus aller Länder und aller Zeiten ist es typisch, daß er nur die armen und schwachen Juden mißhandelt, vor den reichen und mächtigen aber koscht. Die elenden Burschen, die jetzt die jüdischen Arbeitnehmer aus der Gemeinschaft ihrer Klassengenossen hinausgestoßen, werden es nicht wagen, gegen jüdische Kapitalisten in gleicher Weise zu verfahren. Sie wissen, daß sie dadurch den Zorn der Kapitalisten der ganzen Welt auf sich herabbeschwören würden und davor haben sie die größte Angst.

Eine Möglichkeit, sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, gibt es in Deutschland für Juden kaum noch. Das Kapital, ohne Unterschied der Religion und Rasse, bleibt unbehelligt. So ergibt sich als groteske Konsequenz der deutschen Antisemitenherrschaft, daß die Juden in Deutschland nur ausbeuten dürfen, aber nicht arbeiten!

Hitler hilft Lahusen

Eine Hand wäscht die andere.

Die größten Betrüger und die gewissenlosesten Zerstörer der deutschen Wirtschaft sind die Gebrüder Lahusen in Bremen. Mehr als 200 Millionen Mark sind von ihnen vergeudet worden. Zehntausende deutscher Arbeiter haben sie um Lohn und Brot gebracht. Ihre schamlosen Betrügereien gaben den Anstoß zur Zurückziehung ausländischer Kapitalien aus Deutschland und damit zu der schweren Kreditkrise des Jahres 1931, von deren Folgen sich Deutschland bis auf den heutigen Tag noch nicht erholt hat.

Nur ein Verdienst haben diese Betrüger. Sie waren die Geldgeber von Adolf Hitler. Sie finanzierten die Nazibewegung, und sie spekulierten nicht falsch, als sie hofften, daß Adolf Hitler nach seiner Machtergreifung sich ihnen dankbar erweisen würde. Monatlang haben die Nazis über Korruption geschrien. Allen drohten sie mit dem Galgen. Nur nicht — den Lahusen. Ueber ihre Verbrechen durfte nichts geschrieben werden. Jetzt aber kommt es noch besser.

Einer der Verteidiger der Lahusen ist der Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune, ein Intimus von Adolf Hitler, gleichzeitig Kommissar im preußischen Justizministerium. Er hat jetzt bei der Bremer Strafkammer einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens auf Grund des Gesetzes über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932 gestellt, weil die Anklagehandlungen aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen seien!

Der größte Bankrotteur und Verbrecher Deutschlands soll also auf Antrag der Nazis amnestiert werden. Wo bleibt hier das Geschrei über Korruption? Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Eigennutz darf über Gemeinnutz triumphieren.

Ich befehle Intoleranz.

Auf dem Gautreffen der Nazis am letzten Sonntag in Erfurt sprach der Reichsstatthalter für Thüringen, Sauckel. Er verkündete die Autorität des Nationalsozialismus in Thüringen.

„Ich befehle nunmehr Intoleranz gegenüber allen anderen. Es darf in Zukunft

Deutsche Emigranten

Sie sammeln sich und wollen kämpfen.

Das Hitlerregiment in Deutschland hat nicht nur tausende unserer Funktionäre und Mitglieder in die Konzentrationslager gesperrt, sondern auch viele Sozialisten und Republikaner über die Landesgrenzen getrieben und sie gezwungen, die Gastfreundschaft fremder Länder in Anspruch zu nehmen. Das Los dieser Emigranten ist alles andere als leicht. Wohl sind sie der ständigen Bedrohung ihres Lebens und ihrer Freiheit entronnen, aber sie kommen über die Grenze ohne Barmittel und oft ohne jeden Ausweis, sie stehen plötzlich in einem fremden Land, losgelöst aus dem gewohnten Kreis politischer und persönlicher Beziehungen, und sie finden zunächst für eine aktive politische Arbeit keine Möglichkeiten.

Solange die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ohne jede Vertretung im Ausland war, fehlte den Emigrantengruppen in den verschiedenen Ländern so gut wie jede Verbindung untereinander und jede Möglichkeit einer einheitlichen politischen Ausrichtung. Mit dem Erscheinen des „Neuen Vorwärts“ ist die Voraussetzung geschaffen, nun alle Emigrantengruppen über die politischen Absichten und Ziele der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus zu unterrichten und den einzelnen Gruppen eine Stelle zu bieten, an die sie von ihrer Arbeit berichten können.

Die deutsche Emigration ist auf fast alle Länder verteilt, die Deutschland angrenzen. Ein Teil unserer Parteigenossen und Reichsbannerkameraden ist zunächst in das einzige Gebiet des deutschen Reichs abgewandert, das noch nicht der Hitlerherrschaft ausgeliefert ist, ins Saargebiet. Die saarländischen Genossen tun alles, um die flüchtigen Genossen zu unterstützen, aber die Kleinheit des Gebiets und die Schwierigkeiten, die unserer Bewegung aus der besonderen Lage des Saargebiets erwachsen, setzen dieser Hilfsaktion enge Grenzen. Politisch gewinnt das Saargebiet jetzt dadurch eine besondere Bedeutung, daß von Saarbrücken aus die neue Tageszeitung, die „Deutsche Freiheit“ als Kampforgan gegen den Faschismus erscheint.

Eine große Zahl von Emigranten hat sich Frankreich und insbesondere Paris als Zufluchtsort ausgewählt. Die französische Regierung gewährt weitgehendes Asylrecht, und die französischen Arbeiterorganisationen und

nur einen politischen Glauben in Thüringen geben, den Glauben und die Idee des Nationalsozialismus. Jeder wird mit dem Stempel des Verrats belegt, der es wagt, die Richtigkeit des Nationalismus und des Sozialismus im Zweifel zu ziehen.“

Das ist vor allem auch eine Drohung gegen die Gerichte in den eigenen Reihen, denn auch erklärte Sauckel, man solle nicht zweifeln, wenn es langsam gehe. „Es ist viel leichter den Nationalismus zu verwirklichen als den Sozialismus.“

Hitler, der am Nachmittag sprach, entwickelte das Erziehungsprogramm seines Reichsstatthalters zur „—“ noch weiter. Er kündigt an, daß man den Massen, die glaubten, sie könnten sich nicht mehr umstellen, die Kinder nehmen würde, um sie zu dem zu erziehen, was für das deutsche Volk notwendig sei: zur Intoleranz und zum allein seligmachenden Glauben am Nationalsozialismus.

Und das alles im Namen der „Erneuerung der Nation“.

Die fingierten Flugzeuge

Ein neuer Göring-Schwindel.

Am 23. Juni wurde amtlich gemeldet, daß über Berlin ausländische Flugzeuge unbekanntem Typs erschienen seien, die über dem Regierungsviertel und dem Osten Flugblätter mit einem die Reichsregierung beschimpfenden Text abgeworfen hätten. Die ausländischen Flugzeuge hätten unerkannt entkommen können.

Man muß beschämend zugestehen, daß man bisher die Intelligenz der im Schwindeln so außerordentlich erfahrenen regierenden Männer Deutschlands wesentlich überschätzt hat. Nur in der Wilhelmstraße hat man die Flugzeuge beobachtet, die übrigen vier Millionen Einwohner Berlins haben davon weder etwas gehört, noch gesehen. Selbst ausländische Journalisten, die sich um diese Zeit im Regierungsviertel aufgehalten haben, haben von fremden Flugzeugen nichts feststellen können. Auch ihre Versuche, im Osten Berlins irgend jemanden zu entdecken, der ein Flugzeug oder ein Flugblatt gesehen hat, sind völlig ergebnislos geblieben. Die amtlichen

andere linksstehende Gruppen bieten alle ihnen mögliche materielle und finanzielle Unterstützung. Leider sind auch in Frankreich die Möglichkeiten, den Emigranten eine Erwerbsarbeit zu schaffen, nur gering. In Paris erscheint seit einigen Wochen eine Zeitschrift, die unter dem Titel „Die Freiheit“ den Kampf gegen den deutschen Faschismus führt.

Unter den Ländern, die die größte Zahl von Emigranten aufzuweisen haben, ist vor allem auch die Tschechoslowakei zu nennen. Hier befinden sich in den deutschsprachigen Gebieten zahlreiche Genossen und Genossinnen aus allen Teilen Deutschlands. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat kürzlich gemeinsam mit den Gewerkschaften einen Aufruf erlassen, in dem sie die deutschsprachige Bevölkerung der Tschechoslowakei auffordert, den Opfern des Faschismus zu helfen. Gemeinsam mit den tschechischen Genossen machen die deutschen Genossen alle Anstrengungen, um das Los der Reichsdeutschen zu erleichtern. Die Tschechoslowakei leidet aber ebenfalls schwer unter der Wirtschaftskrise, und Arbeitsmöglichkeiten für Emigranten sind deshalb auch hier so gut wie nicht gegeben.

Das Ziel zahlreicher Flüchtlinge aus Deutschland ist ferner die Schweiz, die in früheren Jahrzehnten politischen Flüchtlingen weitgehendes Asylrecht gewährt hat. Auch heute finden sie in der Schweiz Aufnahme, sie müssen sich jedoch sehr strengen Bestimmungen unterwerfen. So ist jede politische Tätigkeit untersagt und auch die Annahme jeder Form von Erwerbsarbeit verboten. Besonders anerkanntswürdig ist die Solidarität der Schweizer Arbeiter, die die Unterstützung der Flüchtlinge durch die Erhebung besonderer Beiträge finanzieren.

Eine große Gruppe deutscher Emigranten befindet sich schließlich in Holland. Auch dort leisten die sozialdemokratischen Organisationen weitgehende Hilfe und die sozialdemokratischen Emigranten arbeiten jetzt gemeinsam mit den holländischen Genossen an dem Aufbau einer antifaschistischen Propaganda. In ähnlicher Weise arbeiten auch die deutschen Emigranten gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partelleitung in Dänemark.

Soviet als erste Ubersicht. Sie soll in den nächsten Nummern des „Neuen Vorwärts“ durch Eigenberichte aus den verschiedenen Ländern laufend ergänzt werden.

Stellen verschweigen deshalb auch, von wo die Flugzeuge gekommen und wohin sie geflogen sind. Müßten sie doch bei jeder positiven Angabe mit einer Berichtigung des betreffenden Staates rechnen. Das Abwerten von Flugblättern aus größerer Höhe ist zudem ein so schwieriges Unterfangen, daß schon viele Zentner von Flugblättern dazu gehören, um auch nur wenige an die Stellen gelangen zu lassen, für die sie bestimmt sind.

Die Juden und die Radfahrer

Wie uns aus Berlin berichtet wird, sind dort verschiedenen Arbeitern die Fahrräder und Motorräder von SA. weggenommen worden mit der Begründung, die Räder könnten zu staatsgefährlichen Zwecken mißbraucht werden. Der Prolet, der mit seiner „Mühle“ bisher die Straßenbahn sparte, mag laufen. SA. bestimmt, wer radfahren darf. Sie haben schon immer gesagt, daß an allen Uebeln die Juden und die Radfahrer schuld sind. Die verrücktesten Witze werden bei den Hitlerianern zur Staatspraxis. Bald wird man melden, daß die Kinderroller konfisziert werden, denn auch auf ihnen kann man verbotene Flugblätter befördern.

Gleichgeschalteter Journalismus.

Nach der Unterdrückung der gesamten sozialdemokratischen Presse, wodurch mit einem Schläge 15.000 Existenzen vernichtet wurden, und nach der Umwandlung der gesamten bürgerlichen Presse in Hakenkreuzblätter folgt die Gleichschaltung der Journalistenorganisationen.

Zuerst kam der Reichsverband der deutschen Presse an die Reihe, dem der sozialdemokratische Minister Karl Severing zu dem prachtvollen Hause an der Tiergartenstraße im Berliner Westen verholten hat. Jetzt hat man auch den Verein Berliner Presse, eine vollkommen unpolitische, rein gesellschaftlich-humanitäre Vereinigung von mehreren hundert, größtenteils auch schon bejahrten Berliner Schriftstellern und Redakteuren im Sinne von Goebbels umgemodelt. Zum Vorsitzenden mußte — wie schon vorher im Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen

Presse — der ehemalige Hauptmann Wille Weiß vom „Völkischen Beobachter“ gewählt werden. Durch eine Satzungsänderung wurde dem Vorstand das Recht gegeben „Feinde des nationalen Deutschland“ aus der Mitgliederliste zu streichen, womit sie dann zugleich auch den Anspruch auf die satzungsmäßigen Pensionszuschüsse für ihre Hinterbliebenen verlieren.

Auf der Tagesordnung hatte auch ein Antrag gestanden, daß Juden und Marxisten nicht mehr aufgenommen werden dürfen. In den Presseberichten über die Hauptversammlung ist von dem Schicksal dieses Antrages nichts zu lesen. Die Haupteinnahme des Vereins Berliner Presse bildete nämlich seit Jahrzehnten der von ihm veranstaltete Berliner Presseball. Offenbar möchte auch die neue Zeitung die reichen Juden auf künftigen Pressebällen nicht missen.

Weißgardisten und Braunhäusler.

Vor einigen Wochen sah man in gleichgeschalteten Bilderblättern die russischen Hakenkreuzler, die sich in Berlin unter hohem Naziprotektorat als „Weiße Garde“ aus der Jugend der russischen Emigration gebildet haben. Und nun berichtet der „Daily Herald“, daß bereits zweitausend dieser Weißgardisten in Jüterbog ausgebildet werden. Sie haben ihre eigenen Offiziere und ihren russischen Kommandanten. Sobald diese zweitausend ausgebildet sind, sollen andere zweitausend an die Reihe kommen. Als Zweck wird die „Kolonisierung“ Osteuropas und Rußlands bezeichnet, welches Ziel Herr Hugenberg in seinem berühmten Memorandum auszuplaudern so indiskret gewesen ist.

Maul halten, Steuern zahlen!

Im Fleischerladen einer Großstadt Mitteldeutschlands räsoniert kaufendes Publikum über die steigende Teuerung. Eine Frau erwidert den Schimpfenden: „So habt ihr doch gewollt. Ihr gebt ja zu, daß ihr Hitler gewählt habt. Nun lößt es aus, was ihr Euch eingebrockt!“ — Einige Zeit darauf erschienen SA-Leute bei der Kühnen, bedrohten sie und erklärten: „Noch einmal so was und Sie verschwinden in Schutzhaft!“

In der gleichen Stadt meuterten in einem Milchladen einige Kunden wegen der teuren Butter. Die Verkäuferin verteidigt sich:

„Ich mache doch die Preise nicht! Ihr habt doch das Hakenkreuz gewählt — was kann ich dafür!“ Am selben Nachmittag erscheint ein Nazimann in voller Kriegsbemalung, stellt die Geschäftsfrau zur Rede und verkündet ihr: „Wenn Sie noch einmal sowas sagen, wird ihr Laden zugemacht!“

Maul halten, stramm stehen, Steuern zahlen! Wer muckst, verschwindet hinter Mauern! Große Zeit für Denunzianten und Lumpen.

Büchergilde in der Schweiz.

Die „Gleichschaltung“ in Deutschland hat auch die Büchergilde Gutenberg betroffen, die in der Schweiz eine anscheinliche Zahl von Mitgliedern besitzt. Nun hat sich eine Genossenschaft Schweizerische Büchergilde Gutenberg in Zürich gebildet, die den Betrieb für die schweizerischen Mitglieder im bisherigen Sinne, unabhängig von der nun in nationalsozialistischen Händen befindlichen Zentrale weiterführt.

Gott und sein Werkzeug Adolf Hitler

Der neue Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens hat folgendes angeordnet:

1. Für die Abwendung des bolschewistischen Chaos schulden wir Gott und seinem Werkzeug Adolf Hitler Dank. Nur das Bestehen der Nation ermöglicht das Bestehen einer Kirche.

2. Der heute bei mir versammelten, gestern ernannten Bevollmächtigten der evangelischen Kirchenprovinzen und Landeskirchen in Preußen sind beauftragt, die Neubildung der aufgelösten gewählten kirchlichen Vertretungen im Hinblick auf das Ziel einer deutschen evangelischen Kirche durchzuführen.

Gleichzeitig übertrage ich auf diese Bevollmächtigten sämtliche Befugnisse aller aus den gewählten kirchlichen Vertretungen hervorgegangenen Ausschüsse.

3. Mit sofortiger Wirkung beurlaube ich den Generalsuperintendenten der Kurmark Dr. D. Dibelius.

4. Weitere Anordnungen folgen.

Der Kommissar Jäger.

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Geist für Tertianer

Dichtung im Dritten Reich

„Aber Sie wollen doch nicht ganz Deutschland in bezug auf die zu lesenden Bücher als Tertianer und Konfirmandinnen behandelt wissen? ... Wohin immer mehr drängte sich unsere schöngeistige Literatur? Schließlich hätte jedes geschriebene Buch den Regierungen abgeliefert werden müssen, damit der Provinzialschulrat sein endgültiges Urteil gäbe — vielleicht in dem Sinne, daß er sich die ganze Welt als ein Seminar gedacht hätte. Dann wäre nur das in unsere Hände gekommen, was ein Seminarist lesen darf.“

(Detlev von Liliencron in „Breide Hummelsbüttel“.)

Herrlich soll, so hat Herr Hitler verheißen, im Dritten Reich die nationale Kunst und Dichtung auferstehen und die „internationale Asphaltliteratur“ vernichten. Also kamen die besten Namen und Werke deutscher Dichtung — Ausländer wurden geschont — auf den Scheiterhaufen. Das besorgten geistverlassene Braunhemden, man brauchte dabei keinen van der Lubbe zu bemühen. Die Bahn für gesinnungstüchtigen Dilletantismus ist frei, und er tobt sich bereits so aus, daß jüngst einer der nationalsozialistischen Zionswächter seine Stimme dagegen erheben mußte: derselbe Mann, der u. a. durch einen Kitschroman berüchtigt wurde, in dem er sein sattnam bekannt gewordenes Nestbild vom Vogelmannchen und Vogelweibchen als vorbildlich für die deutsche Ehe erklärte. Der Propagandaminister? Jawohl, Herr Goebbels selbst. In einer Rede, die durch deutsche Blätter ging, donnerte er gegen Filme, „die mit der nationalen Erhebung Geschäfte machen“; man müsse die Heldendichterei Berufenen überlassen. Die seit dem 5. März erschienenen nationalen Kitschfilme machten nämlich schlechte Geschäfte. Wenn in Filmen wie den „Schwarzen Sturmfluten“, einem Bauernfilm, immer wieder nur Hitlers Bild als Apotheose und Pointe über den Sturmfluten auftaucht — wer hält diesen Kampf gegen die Kinobesucher auf die Dauer aus? Die Kinos nicht! Die Kassenrapporte waren entsetzlich, die „nationalen Befreiungswerke“ lockten den Pleitegeier über die Filmhäuser. Darum Goebbels Not-schrei. Eine deutsche Filmbank wurde gegründet; sie steht unter nationalsozialistischem Protektorat und will mit der „verjudeten Asphaltproduktion“ gute Geschäfte machen, um den nationalen Kitschfilm zu finanzieren. Und so wird man denn nach den bisherigen Ankündigungen in den deut-

schen Kinos bald verruchte jüdische Geschäftsfilme — verfertigt von Juden wie Neufels, Rabinowitsch, Eis, Katscher etc. — neben Kitschfilmen der „nationalen Erhebung“ sehen wie „S. A.-Mann Brand“, „Hitlerjunge Quex“ oder den Horst-Wesselfilm „Es geht ein Lied um die Welt“. Wobei zugegeben werden soll, daß der letztere spannend und packend werden könnte, wenn man darin das Zuhältermilieu zeigte, in dem sich Horst Wessel bewegte, die Straßendirne, die er mit kommunistischen Bewerbern teilte und die allerhand verpöf, was dem Hitlerjüngling schließlich zum Verderben wurde. Aber auf solche Zerstörung der Horst-Wessel-Legende wird man leider verzichten und dafür wiederum ein jener großen Lügenbilder aufmachen, an denen die Welt des Hakenkreuzes überreich ist.

Auch der Funk läßt sich nicht lumpen — echte Dichtung ist daraus verbannt. Militärschpiel und patriotische Unkunst triumphieren. Wobei auffällig und typisch ist, wie rasch die freiwilligen und unfreiwilligen Wächter der gleichgeschalteten Dichtung ihre deutsche Muttersprache verlieren. Otto Heinz Jahn, gegenwärtig Dramaturg des Deutschlandsenders, wagt in seinem Programm folgenden Schwulst: „Aus den vielen Vergehen der Kunst wird jetzt das einzige Geschehen der Kunst im Aufbruch des deutschen Gewissens ...“ Wie soll man auch ein Programm klar darlegen, das auf völlige Vernichtung des Geistes und der künstlerischen Freiheit ausgeht und die Diktatur des blutigsten Dilletantismus über die Stätten der Kunst und Dichtung verhängt!

Seit einigen Wochen wird das deutsche Theater gegängelt von einer sozusagen staatlichen „Dramaturgischen Zentralstelle“, die den Bühnen nationalen Schmutz und Hakenkreuzmist aufzunötigen sucht. Gutgesinnte Nichtskönner und handwerkmäßige Verfälscher neudeutscher Heldendramen, über die noch vor Monaten jeder ehrliche Dramaturg lachte, sollen durch solchen Druck endlich auf das Publikum losgelassen werden und Liliencrons Befürchtung wandelt sich zwanzig Jahre nach seinem Tode zur traurigen Wahrheit: das deutsche Publikum wird wie ein Volk von Tertianern und Konfirmandinnen behandelt. Verstaubte Dilletantenschubladen öffnen und die Theaterleute bekreuzigen

sich. Schlageterdramen, die diesen Spion und Verräter seiner Kameraden als Nationalheiligen auf die Bretter stellen, prasseln über Bühnen, vor denen das Publikum fehlt. Ein großer Berliner Verlag, der sich noch vor Monaten solcher Geschäfte geschämt hätte, vertreibt ein Schmierensstück „Der braune Soldat“, verfertigt von einem bisher mit Recht durchaus unbekanntem Christian Hilker. In verlogener Schwarzweißmanier steht darin der Kommunist neben dem Nazi; der erstere ein Schwein, der letztere ein braunhemdiger edler Heidenjüngling. Theaterdirektoren werden von der „Zentralstelle“ ersucht, sich mit solchem Mist einzudecken, wenn sie es mit Deutschlands neuen Herren nicht verderben wollen. Bei den meisten dürfte die Pleite angesichts solcher Mißhandlung des Spielplans ohnehin nicht lange auf sich warten lassen.

Bald werden hakenkreuzlerische Heldenromane, neben denen die Bücher der seligen Marllitt geradezu gestalterisch und lebenswahr wirken, den Buchhandel überschwemmen. Von der Blutlyrik, wie sie sich bisher in Naziblättern austobte, nicht zu reden. Mit der deutschen Freiheit wanderte die Dichtung freier Geister — soweit es sich, wie gesagt, nicht um gewisse Ausländer handelt — auf den Scheiterhaufen, gesinnungstüchtiger Kitsch und neubyzantinischer Schund beherrschen das deutsche Feld.

Dieser Tage fiel mir eine Zeichnung Goyas in die Hände: ein Esel sitzt vor einem aufgeschlagenen Buch, auf dessen Blättern sich Esel an Esel reiht. Und mit Erschütterung erkannte ich das geistige Bild Hitlerdeutschlands: dem „Volk der Dichter und Denker“ wird von staatswegen eine Literatur aufoktroiert, die von Eseln für Esel fabriziert ist.

Bruno Brandy.

Wer ist illegal?

Das Wort „illegal“ stammt aus dem Sprachschatz der obrigkeit-staatlichen Polizei und heißt, aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt, „ungesetzlich“. Leider ist es gelungen, dieses Wort auch in die Sprache der Sozialisten einzuschmuggeln. Man spricht von „illegaler Arbeit“ und nennt sich wohl selber mit Stolz „illegal“.

Nun ist aber die Anwendung dieses Ausdrucks auf die gegenwärtige Arbeit

Teufels Großmutter in ihren gemeinsten Stunden nicht zu schämen brauchte. Ich stahl dem Proletariat der Welt den 1. Mai und machte den Tag der nationalen Maskerade daraus; ich stahl den Friedensfreunden die Worte vom Mund und formte eine große Lüge zur Tarnung militärischer Rüstungen daraus. Ich stahl — — —

„Halt ein!“ fuhr der Teufel entsetzt dazwischen. „Wer sind sie, Herr?“ und er konzentrierte sich nach rückwärts, starrte auf den Klumpfuß, auf das kleine, verkniffene Rattengesicht, auf die große, höckerige, mißgestaltete Nase und fragte: „Herr, sind sie nicht der Propagandacheif und Einpeitscher von — — —“ Jäh brach der Teufel ab, nahm den Schwanz über den Arm, spielte aus, barg die zwei andern Gauner unter seinem Mantel.

„Kommt, meine wackeren Jungens, mit dem will selbst der Teufel nichts zu tun haben.“ Und entschwand

An einen deutschen Arbeiterjungen!

Nicht weinen, mein Junge, es ist gescheh'n! Du kannst deinen Vater nicht wiederseh'n. Sie haben ihn auf der Flucht erschossen. Junge, einen unserer besten Genossen!

Auf der Flucht erschossen! Junge! Du weißt! Sie haben dir schon gesagt, was das heißt! Zwei Kugeln von vorn, in die Stirn, in die Lunge. Sie haben ihn hingerichtet, mein Junge!

Du stehst mich an so entsetzten Gesichts! Sei tapfer, mein Kind, ich erspare dir nichts!

der Sozialdemokratie eine groteske Umkehrung aller Begriffe. Illegal sind nicht wir und unsere Bestrebungen. Illegal, wider Verfassung, Gesetz und alle menschlichen Begriffe von Recht und Gerechtigkeit, sind die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, und Gesetzesbrecher, Rechtsbrecher sind nicht wir, sondern es sind die Leute, die diese Zustände herbeigeführt haben.

Wenn wir mit allen Mitteln, die uns zweckmäßig erscheinen, diese ungesetzlichen, rechtswidrigen Zustände zu ändern bestrebt sind — sind wir deshalb illegal?

Nein, wir sind im Kampfe gegen die Illegalität der deutschen Zustände. Vorkämpfer einer neuen Legalität, die die ursprünglichsten Begriffe von Recht, Anstand und menschlicher Gesittung wieder zur Geltung bringen will.

Sind wir etwa „illegal“, wenn wir das Recht, über die deutschen Zustände unsere Meinung zu sagen und diese Meinung in Deutschland zu verbreiten, für uns in Anspruch nehmen? Nein, wir nehmen uns nur das Recht wieder, das man uns verbrecherischer Weise raubte, als man unsere Presse verbot mit der bewußt erlogenen Begründung, der Reichstagsbrandstifter habe im Einvernehmen mit uns gehandelt. Und soll es gar „illegal“ sein, wenn wir das Eigentum der Arbeiterbewegung vor Räubern zu schützen, es seinen ursprünglichen Zwecken zu erhalten bestrebt sind? Seit wann handelt der Dieb „legal“ und der Bestohlene „illegal“?

Wollten wir uns selber als die „Illegalen“, die „Ungesetzlichen“ bezeichnen, so würden wir damit die Hitler, Göring und ihre Spießgesellen als die „Legalen“, die „Gesetzlichen“ anerkennen, die sie nicht sind und gar nicht einmal sein wollen. Erklären sie doch selbst die Vernichtung der bisherigen Legalität für ihre geschichtliche Aufgabe. Zur Schaffung eines neuen Zustandes der Gesetzlichkeit sind sie aber noch nicht gekommen, und alles was sie tun, ist verbrecherische Willkür.

Lassen wir uns also nicht durch den gedankenlosen Gebrauch eines gefährlichen Wortes in eine falsche Stellung drängen! Alles was wir tun, beruht auf Gesetz und Recht und gilt dem Kampf für die Herstellung einer gerechten menschenwürdigen Rechtsordnung. Nicht wir sondern unsere Feinde sind illegal!

Sie haben ihn wie einen Hund geschunden! Er hat den qualvollsten Tod gefunden!

Als sie ihn holten, da hast du geschrien. Und als er dich streichelte, schlugen sie ihn. Er konnte kein Wort des Abschieds mehr sagen. Sie hatten ihm schon den Mund zerschlagen.

Sie schlugen auf ihn drei Tage lang. Bis daß ihm die Haut auseinandersprang. Zittere nicht, Junge! Du mußt es erfahren! Ich will dir das Schrecklichste nicht ersparen!

Sie setzten ihm das Gewehr auf die Brust. Aus blutendem Mund hat er singen gemußt. Ihre Mordbrennerlieder mußte er singen. Auf blutenden Füßen mußte er springen!

Und sähst du heute sein totes Gesicht. Du würdest schreien, du kennst ihn nicht! Geschunden, zertreten, zerrissen, zerschossen! Junge, einen unserer besten Genossen! Wir trauern nicht, Junge, das ist nicht gut! Jetzt nichts mehr fühlen als brennende Wut! Und diese Glut darf nie mehr erkalten! Für den Tag, wo wir Abrechnung halten!

Erhard Winzer.

Sie wollen nicht Hitler heißen

Fünf Familien in der Tschechoslowakei haben, wie tschechische Blätter berichten, in der letzten Zeit bei den zuständigen Behörden um die Erlaubnis ersucht, ihren bisherigen Namen Hitler ablegen zu dürfen. Von diesen fünf Familien sind drei jüdisch, während die beiden anderen es nach ihrer eigenen Angabe nicht sind.

Der Meisterdieb

Ein neudeutsches Märchen.

Von Robert.

Wieder einmal, wie alljährlich im Mai, versammelten sich die großen Diebe der Erde, damit der Würdigste unter ihnen den Preis der Hölle empfangen. Woher sie Termin und Ort des Stelldicheins kennen, das weiß der Teufel. Tatsache ist, daß alle großen Diebe darum wissen und durch geheime Botschaften orientiert werden.

Ringsum dümmerten Malenblüten, Jahrgang 1933, in verschwenderischer Ueppigkeit durch das Abenddunkel, als Mephisto wie aus dem Boden gewachsen vor seiner stattlichen Meisterschar auftauchte. Ein rascher Blick auf die Gesichter genügte ihm — und schon sonderte er die großen Gauner von den kleineren. „Gehe jeglicher wieder an seinen Platz und diene der Hölle!“ — entließ er den großen Haufen der Einbrecher und Geldschrankknacker, der Raubmörder und Fassadenkletterer. Nur drei blieben auf dem Plan. „Euch, meine lieben Burschen, seh ich's an den Gesichtern an, daß ihr mir Großes zu berichten habt. Wer vor Euch maßt sich an, den großen Jahrespreis der Hölle verdient zu haben?“ Syrock Beelzebub und musterte die Drei.

Da trat der Erste vor, neigte sich, schlug den Mantel zurück und ließ diamantene Fülle im Mondlicht blitzen: „Siehe, Fürst der Hölle, diese Monstranz holte ich während des Gottesdienstes in einer von Tausenden erfüllten Kirche vom Altar.“ Grinsend und mit triumphierendem Siegerlächeln ging er auf seinen Platz zurück.

Da nahte sich der Zweite und, froch wie er war, ohne Verbeugung und Einleitung, donnerte er im Bierßaß: „Mußt du nicht lachen, oh Mephisto? Wer hat die Kirche noch nicht bestohlen? Und dessen rühmt sich dieser Stümper! Da, seht mich an! Der afrikanische Sultan Habibima besaß den prächtigsten Thronessel des schwarzen Erdteils, aus Elfenbein geschnitten, diamantengeschmückt. Während er in diesem Wunderwerk schlief, stahl ich ihm das Ding unterm Arsch weg und schob ihm einen alten zerlöchernten Rohrstuhl, für den meine Base keinen Schilling gegeben hätte, unter den speckigen Hintern.“

„Gut, gut,“ lächelte der Teufel. „wacker, wacker, mein Sohn! Mir scheint, das mit dem Höllenpreis ist entschieden. Wer will dir die Krone der Gaunerei streitig machen?“

„Ich!“ rief der Dritte, und der kleine unscheinbare Wicht sprang mit beiden Beinen in den Kreis. „Was ist das schon: Monstranz, Thronessel und andere leblose Nichtigkeiten zu ergattern? Davon, daß meine Bande vielen Millionen Arbeitern ihre Volkshäuser und Zelungen raubte, will ich gar kein Wesens machen. Mit solchem Blech gibt sich der kleine Hinkende nicht ab. Ich stahl den Menschen das, was sie zu den Herren der Erde gemacht, das, wovon unsereiner zu wenig hat — nämlich Geist, Ideale, Ideen. Niemand wird es grimmiger bejubeln, als du, oh Herrscher der Unterwelt! Ich stahl einer großen, mächtigen internationalen Bewegung den Namen ihrer Idee und machte ein Firmenschild, ein Reklameplakat für uns daraus. „Sozialismus“ stand darauf. Meine Bande stahl den Arbeitern die besten ihrer Lieder und ließ auf die Melodien blutige Hunnentexte dichten, deren sich des

Sklaverei in den Betrieben

Despotie des Kapitals

Als Todfeind der Arbeiterschaft erweist sich jeden Tag die Hitlerdiktatur. Sie verkündet die Aufhebung der Klassengegensätze, die Beseitigung des Klassenkampfes. In Wirklichkeit denkt sie nicht daran, an der kapitalistischen Ausbeutung das Geringste zu ändern. Die Klassen werden jetzt Stände getauft, die Klassenherrschaft des Kapitals über die Arbeit aber wird befestigt. Die Klassengegensätze bleiben, aber der Klassenkampf der Arbeiter wird gewaltsam unterdrückt. Nur in diesem Sinne haben die Nationalsozialisten den Klassenkampf „aufgehoben“.

Die Unternehmer heißen jetzt die „Führerpersönlichkeiten“ der Wirtschaft. Die Mode der Diktatur bekommt ihnen vortrefflich.

Jeder ein Hitler in seinem Betrieb, jeder ein Diktator über seine Arbeiter.

Die Arbeiter, die nur gemeinsam und organisiert dem Kapital gegenüberstehen können, sind der Möglichkeit jedes Widerstandes beraubt. Den Gewerkschaften ist jeder Einfluß entrissen, sie sind zu einem Mittel der Unterdrückung der Arbeiter geworden. Das Koalitionsrecht ist vernichtet, ein Zwangsarbeitsfrieden verordnet. Dabei haben die Nationalsozialisten noch die Schamlosigkeit, von den Arbeitern für diese Unterdrückungsmaschinerie Beiträge zu fordern.

Aber nicht nur die Gewerkschaften sind aus einem Mittel der Befreiung in ein Mittel zur Knechtung der Arbeiter umgewandelt;

jede Organisationsmöglichkeit, jede Verständigung der Arbeiter untereinander, ist beseitigt.

Die Unternehmer, zumal die mächtigsten, sind gering an Zahl. Sie können sich leicht in ihren Büros, in ihren Sitzungen, in ihren Salons verständigen! Ihre Handelskammern, ihre Unternehmerverbände, ihre Kartelle, sind nach wie vor ungestört, die nationalsozialistischen Kommissare und erst recht die gleichgeschalteten Präsidenten und Syndici sind kein Haar anders geworden, seitdem sie Pj. sind. Nur den Arbeitern ist jede Verständigung unter sich verboten, sie dürfen nicht mal im Rahmen eines Kegelklubs über ihre Angelegenheiten sprechen.

Mit dem Koalitionsrecht ist zugleich das Schlichtungswesen vernichtet. An die Stelle der Schlichter treten die „Treuhänder der Arbeit“. In einer Konferenz, die kürzlich bei dem lächerlichen Sodawasser-Fabrikanten, Stahlhelmführer vom Röhms Gnaden und — Arbeitsminister Seldte, stattgefunden hat, wurde verkündet, daß diese Treuhänder künftig völlig allein, autoritär und rechtsverbindlich die Arbeitsverträge regeln. Sie sollen den Arbeitsfrieden aufrecht erhalten.

Die Treuhänder verkörpern die höchste Staatsautorität und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden. Schlichtungsverhandlungen, wie sie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Klassenkampfprinzip stattgefunden haben, gibt es in Zukunft nicht mehr.

Jede Mitwirkung der Gewerkschaften — selbst der jetzt allein existierenden nationalsozialistischen Verbände — ist also beseitigt. Die Arbeiter haben beim Abschluß des Arbeitsvertrages, der über ihre Existenz entscheidet, nichts mehr dreinzureden.

Aber sind nicht auch die Unternehmer in derselben Lage? Nein, denn die ernannten Treuhänder sind zwar keine Unternehmer, aber sie sind Unternehmersöldlinge und erfüllt von der kapitalistischen Vorstellung, daß der Arbeiter williges Ausbeutungsobjekt zu sein habe. Nicht ein einziger Vertrauensmann der Arbeiterschaft ist unter diesen Treuhändern der nationalsozialistischen Unterdrückungsarbeit im Dienste des Kapitals.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist eine Kette dauernder Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Die Treuhänder aber haben den „Arbeitsfrieden“ zu bewahren, d. h. Lohnerhöhungen sind ausgeschlossen, Lohnkämpfe sind staatsfeindlich. Der Reallohn sinkt, die Kaufkraft der Massen wird gemindert. Das ist nationalsozialistische Krisenbekämpfung

— getreueste Ausführung des Programms des Pj. Thyssen.

Die Nationalsozialisten haben bis zur Uebernahme der Macht die Forderung der Arbeitergewerkschaften, die 40-Stundenwoche einzuführen, als ihre eigene vertreten. Die „Treuhänder der Arbeit“ denken nicht daran, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen. Sie denken weder in Deutschland daran. Sie haben sogar in Genf unter der Führung ihrer Pj. Ley und Dr. Mansfeld, des als Scharfmacher bekannten früheren Söldlings des Berliner Arbeitgeberverbandes, die Beratungen über die internationale Einführung der 40-Stundenwoche sabotiert. Die Helden, die den Versailler Friedensvertrag um 10 Jahre verlängert haben, die nicht aus dem Völkerbund ausgetreten sind, von den Beratungen des Internationalen Arbeitsamts sind sie davongelaufen. Der Internationale Arbeiterschutz ist ihnen genau so gleichgültig, wie die Interessen des arbeitenden Volkes in Deutschland.

Ganz anders aber sind die Gaben, die die Nationalsozialisten für die Unternehmer übrig haben.

Da sprach in der letzten Woche der Reichswirtschaftskommissar Dr. Wage-

ner zu den mitteldeutschen Industriellen. Auch ihnen wurde das Eingreifen des Staates in Aussicht gestellt — freilich nicht zur Niederhaltung ihres Einkommens wie bei den Arbeitern, nein, ihnen ist die Staatsmacht gnädig. Die Wirtschaft — und man weiß, daß darunter in der Praxis nur die Unternehmer verstanden sind — soll sich selber verwalten. Wenn die Erzeugungsfähigkeit der Betriebe größer sei als der Bedarf, müsse etwas geschehen, eine sinnvolle Planung. Das Kartell sei dann am Platze. Dabei sei zweierlei auf gesetzlichem Wege zu bewirken: Es dürfe keine Außenseiter geben und dann dürften keine neuen Betriebe entstehen. Die Gewerbefreiheit müsse für die betreffenden Wirtschaftszweige aufgehoben werden.

Das Zwangskartell, das ist also ihr Sozialismus. Sie bekämpfen den Kapitalismus, indem sie ihm ein unbeschränktes Monopol geben. Sie wollen den Kapitalisten untertänigst die von ihnen mit Lug und Trug, mit Terror und Mord eroberte Staatsmacht zur Verfügung stellen, um den Unternehmern jede Konkurrenz vom Leibe zu halten und ihnen zu gestatten, die Preise nach Belieben hoch zu treiben. Wie im Handel, so soll auch in Gewerbe-

und Industrie die Errichtung neuer Betriebe verhindert werden. Ausnahmen für begünstigte Pj. sind natürlich zugelassen.

Die Arbeiter und Angestellten eine entrechtete Masse — die Unternehmer, eine in sich geschlossene, vor Zuzug und Konkurrenz geschützte Kaste, denen die Wirtschaft der Nation zu schrankenloser Ausbeutung durch die Diktatur zur Verfügung gestellt wird — das ist die Wahrheit über den Sozialismus Hitlers. Das ist die schamlose Enthüllung des großen Betrugs, der an dem deutschen Volke verübt worden ist. Monopolkapitalismus, das ist das letzte Wort dieses Nationalsozialismus, das ist die Arbeitsteilung, wie sie sich die Hitler und Göring gedacht haben:

den Nationalsozialisten, die schrankenlose Ausbeutung der politischen Macht,

den Kapitalisten, die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter und der Konsumenten.

Das ist der Sinn des Bündnisses, das Nationalsozialisten und Kapitalisten gegen das deutsche Volk geschlossen haben. Das ist ein Geschäft, aber es wird eine Geschäftsstörung geben!

Dr. Richard Kern.

Die Aufgabe der deutschen Genossen

Das Züricher „Volksrecht“ vom 17. Juni bringt einen Artikel „Ruf zur Sammlung; eine Aufgabe der Arbeiter-Internationale gegenüber der deutschen Arbeiterklasse.“ In diesem Artikel heißt es: „Wir meinen, jene deutschen Sozialdemokraten hätten Recht, die uns schreiben, die Sozialistische Arbeiter-Internationale solle vorerst als Treuhänderin die Verwaltung der SPD. übernehmen, die Kräfte sammeln, und sobald wie möglich einen Parteitag außerhalb Deutschlands einzuberufen, um die Parteileitung und deren Sitz zu bestimmen.“ Als Erwiderung auf diesen Artikel hat der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler, folgenden Brief an das „Volksrecht“ gerichtet:

Mit großer Ueberraschung lese ich im „Vorwärts“ vom 17. Juni den Artikel „Ruf zur Sammlung; eine Aufgabe der Arbeiter-Internationale gegenüber der deutschen Arbeiterklasse.“ Da der Artikel in Zürich, also am Ort, wo das Sekretariat der SAJ. seinen Sitz hat, erschienen ist, halt ich es, um Mißverständnisse und Legendenbildungen auszuschließen, für notwendig, folgendes festzustellen:

1. Der Artikel ist, ohne daß das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale über die Absicht dieser Veröffentlichung irgendwie verständigt worden wäre, erschienen.

2. Jeder, der den Artikel „Die Aufgabe der Emigration in der vergewaltigten Partei“, den ich in der „Internationalen Information“ erscheinen ließ und den auch das „Volksrecht“ vom 13. Juni zum Abdruck brachte, kennt, wird sich klar sein, daß ich die Voraussetzungen einer aktionsfähigen, deutschen sozialistischen Bewegung anders einschätze, als der Verfasser des Artikels „Ruf zur Sammlung“. Es wäre daher nützlich gewesen, wenn in letzterem Artikel, der von der Aufgabe der Arbeiter-Internationale spricht, auf diesen Gegensatz besonders hingewiesen worden wäre.

3. Der Wunsch, daß „sobald wie möglich ein Parteitag außerhalb Deutschlands einberufen“ werde, ist durchaus begründlich und wird sicher von allen Genossen der deutschen Emigration geteilt. Wer aber glaubt, man könne, wie in normalen Zeiten mit dem Parteitag den Anfang machen, hat sich die ganze Kompliziertheit der Lage, in der sich die Arbeiterbewegung in Deutschland befindet, noch bei weitem nicht klargemacht. Jetzt sind brennendere organisatorische Probleme zu lösen, die erst die Voraussetzungen für einen Parteitag schaffen können. Unter dem Sozialistengesetz, wo alles viel einfacher

war, vor allem, weil man eine wirklich immune Parlamentsfraktion zur Verfügung hatte, dauerte es nahezu zwei Jahre, bis der erste Parteitag auf Schloß Wyden möglich wurde.

4. Ich bin durchaus der Meinung, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale die Pflicht habe, den deutschen Genossen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen, ich halte es aber für eine vollständig wirklichkeitsfremde Idee ihr zuzumuten, daß sie „die Verwaltung der SPD. übernehmen“ sollte. Wer solche Ideen äußert, macht sich, meiner Meinung nach, ein sehr unzureichendes Bild von den Aufgaben, die jetzt zu leisten sind, und die nur die deutschen Genossen selbst zu bewältigen vermögen. Aber es handelt sich heute gar nicht mehr um die Erwägung, ob dieser oder jener Plan der Reorganisation besser sei, die Mehrheit des deutschen Parteivorstandes hat die aktive Arbeit bereits aufgenommen, die erste Nummer des „Neuen Vorwärts“, der in Karlsbad ausgegeben wird, ist in Zürich bereits eingetroffen. Nun werden, so hoffe ich, auch jene deutschen Genossen, deren Gedanken der „Volksrecht“-Artikel Ausdruck gab, es als das Gebot der Stunde erkennen, wirklich „die Kräfte zu sammeln“ und mit Energie daran mitzuarbeiten, daß die bereits erfolgte Initiative zu möglichst erfolgreichen Resultaten führe. Vollständig einverstanden bin ich mit dem Passus des „Ruf zur Sammlung“ im „Volksrecht“:

„Es geht nicht um Einzelpersonen. Und geht nicht um einen Streit bezüglich Schuldfragen. Es geht um das Vertrauen der deutschen Arbeitermassen. Und um die Sammlung dieser Massen“.

Diese Sammlung ist in Angriff genommen. Sie ist die Voraussetzung für den dringenden notwendigen, ununterbrochenen Kampf gegen das Hitlerische Schandregiment, aber auch für den geistigen Klärungsprozeß in der internationalen Arbeiterbewegung selbst, in dem die Voraussetzungen der Siegesmöglichkeiten der Arbeiterklasse neu untersucht werden müssen. An diesen großen Aufgaben mitzuwirken, ist heute die oberste Pflicht aller deutschen Genossen.

Friedrich Adler.

Die Mission des „Neuen Vorwärts“

Der „Manchester Guardian“, das führende liberale Blatt Englands, schreibt: Die deutschen sozialistischen Führer außerhalb Deutschlands haben das Hauptquartier

ihrer Partei nach Prag verlegt und mit der Herausgabe einer neuen Parteizeitung des „Neuen Vorwärts“ von der Tschechoslowakei aus begonnen. Kein Mensch kann daran zweifeln, daß sie die wahren Vertreter der deutschen Sektion der II. Internationale sind. Die sozialistischen Abgeordneten, die unter Herrn Löbes Führung in Deutschland geblieben sind, leben in einem furchtbaren Zwiespalt, der zwar ihre scheinbare Unaktivität erklärt, aber sie nicht zum Anspruch der Führerschaft berechtigt. Soweit sie noch nicht in den Konzentrationslagern sind, haben sie doch immer das Schicksal derer vor Augen, die schon dort sind. Aber wenn auch in Deutschland jede Kritik an der Naziregierung in Wort und Schrift vollkommen unmöglich geworden ist, die sozialistische Ueberzeugung der organisierten Arbeiter kann nicht einem Tage ausgetrotet werden. Die Oppositionstimmung wird bleiben, und der „Neue Vorwärts“ wird ihr Ausdruck geben. Ihm werden die Sympathien aller gehören, die Deutschland noch einer Entwicklung zur Freiheit für fähig halten.“

Unmittelbar nachdem dieser Aufsatz erschienen war, wurden in Berlin alle erreichbaren Mitglieder des Parteivorstandes in die Konzentrationslager verschleppt.

Ueberwachung der Privatgespräche

Pflicht zur Denunziation.

Der irrsinnige Despot von Preußen, Hermann Göring, verwahrt durch Rundfunk folgendes:

„Es ist beobachtet worden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Unterhaltung mit anderen Personen Aeußerungen bekunden, die geeignet sind, Unzufriedenheit über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und Mißtrauen unter die Bevölkerung zu säen. Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „Miesmacher“ treffend kennzeichnen kann. Ich ordne allen Beamten, Angestellten und Arbeitern an, daß künftig in derartigen Methoden eine Fortsetzung der marxistischen Hetze erblickt wird. Miesmacher sind daher als verkappte Marxisten anzusehen, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Ich ersuche alle, denen Personaldienstaufsichtspflichten obliegen, auf diese Fälle genau zu achten und mir sofort die betreffenden Personen unverzüglich namhaft zu machen. Ein Unterlassen dieser Anzeigen werde ich als eine betonte Solidaritätserklärung mit solchen Hetzern betrachten müssen.“

Welche furchtbare Angst müssen Göring und seine Spießgesellen doch von der Wahrheit haben! Diese Angst macht sie tobsüchtig. Jetzt verlangen sie von ihren Sklavenaufsehern sogar, daß sie die Privatgespräche ihrer Sklaven überwachen! Jeder Aufseher wird in Zukunft wöchentlich ein paar Unglückliche ans Messer liefern müssen, wenn er sich nicht selber verdächtig machen will....

Die Londoner Blamage

Ein Stück aus dem Tollhaus der neudeutschen Außenpolitik

V. Sch., London, 26. Juni.

Die Reichsregierung kann vom Glück reden, daß das Hugenberg-Memorandum nur 48 Stunden im Mittelpunkt der Betrachtungen um die Weltwirtschaftskonferenz geblieben ist. Dann wurde diese Sensation abgelöst durch die plötzliche Welgerung Roosevelts, das zunächst entgegenkommende Verhalten der amerikanischen Delegation — oder eines Teils von ihr — zu billigen. Das Problem der Stabilisierung von Pfund, Dollar und Franken steht nun einmal im Mittelpunkt des Interesses, der hier versammelten Wirtschaftspolitiker aus allen Erdteilen, die darin die Kardinalfrage der Weltkrise erblicken.

In Kreisen, die mehr außenpolitisch interessiert sind, besonders bei den hiesigen Deutschen, wird das Memorandum noch lange Gesprächsstoff bleiben. Hat sich doch bei dieser Gelegenheit das wahre Gesicht des „Dritten Reiches“ enthüllt, Unfähigkeit, Großmannssucht, Kullissenintrigen, Würdelosigkeit, Verlogenheit.

Selbstverständlich ist es nicht wahr, daß es sich um eine reine Privatarbeit des Herrn Hugenberg handelte. Vielmehr ist das Memorandum sehr eingehend in der Delegation durchgesprochen worden. Die deutschnationalen Freunde Hugenbergs in London, die natürlich wütend über die Desavouierung ihres Meisters waren, haben dies mit dem größten Nachdruck festgestellt. Sie betonten dabei, daß Hugenberg sich bewußt des Nazi-Jargons und der Nazi-Gedankengänge (Rosenberg!) bedient hätte. Als aber Herr Krogmann, der Hamburger Hitler-Oberbonze, nachträglich gemerkt hätte, daß die Sache schief ausging, hätte er sofort die Gelegenheit wahrgenommen, um eine innerpolitische Intrige gegen Hugenberg einzufädeln und sich dabei würdelos dem Ausland anzubildern: „Seht, was diese Deutschnationalen für Hornochsen sind. Mit ihrer Plumpe machen sie alles kaputt. Wir aber, die Nationalsozialisten, haben sofort dafür gesorgt, daß das Memorandum zurückgezogen und sein Verfasser desavouiert werde. Wir, die Nazis, sind viel vernünftiger, mit uns könnt ihr Euch viel leichter verständigen. Wenn wir erst den Hugenberg aus der Regierung rausgeschmissen haben, wird es für die Welt viel leichter sein, sich mit uns zu vertragen.“

Dieselben Deutschnationalen, die diese durchaus glaubwürdige Darstellung des Vorganges verbreiteten, versicherten übrigens, daß Hugenberg mittlerweile in Berlin bei Hitler recht bekommen hätte und spätestens am (vergangenen) Freitag wieder in London eintreffen würde.

Inzwischen ist es freilich ganz anders gekommen. Wenn diese Zeilen erscheinen, wird es wohl schon entschieden sein, ob der Geheimrat schon jetzt ausgebootet wurde oder ob sich der „sture Bock“ eine neue Galgenfrist ausgehandelt hat. Aber auf der Konferenz, wo täglich ein Witz des Tages geprägt wird, sagte man nach der Auflösung des „Deutschnationalen Kampfringes“:

„Glauben Sie noch, daß Hugenberg nach London zurückkehren wird?“

„O ja, warum denn nicht? Als politischer Flüchtling!“

Zwischendurch hatte sich um das Memorandum in Deutschland selbst ein Kasperle-Theater ersten Ranges abgespielt, über das man hier in politischen Kreisen noch herzlich gelacht hat, als über das Memorandum selbst.

Erstens entdeckte man, daß das Memorandum in Deutschland nur in einem gefälschten WTB-Auszug erschienen ist. So wurde der ganze Schluß, in dem auf Rußland und die kolonisierungsfähigen Gebiete im Osten unzuweilend Bezug genommen wird, einfach gestrichen. Bis heute weiß das deutsche Volk überhaupt nicht, was das Memorandum darüber sagte. Vielmehr wurde am nächsten Tag offiziell in Berlin dagegen protestiert, daß die Auslandspresse versuche, Rußland bei dieser Gelegenheit gegen Deutschland aufzuputchen, in dem sie Rußland willkürlich in die Affäre hineinziehe!

Der arme, gleichgeschaltete Leser im Hitler-Reich wurde dadurch erst darauf gestoßen, daß von der Sowjetunion in irgendeiner Form doch die Rede gewesen sein mußte. Daher bequemte man sich nach weiteren 24 Stunden zu einem gewundenen Teilgeständnis: Ja, der Name Rußland kam schon in der „Privatarbeit“ Hugenbergs vor, aber in ganz anderem, harmlosem Zusammenhang. Und es ist im übrigen gar nicht zu bestreiten, daß es in Südamerika (!) und im Fernen Osten (!!) große Gebiete gebe, die deutsche Kolonisten aufnehmen könnten...

Aber der Heuchelei und dem Blödsinn hat doch Hitler allerhöchstpersönlich die Krone

aufgesetzt, als er einem Kopenhagener Blatt ein Interview gewährte, in dem er zunächst Hugenberg abschüttelte und sodann allen Ernstes versicherte: Wenn wir Deutschen von Kolonien sprächen, so dächten wir dabei vor allem an — Ostpreußen!!!

Also: wenn die Deutschen unter Hitlers göttlicher Führung, Bauern auf den ostpreußischen Latifundien ansiedeln wollen, dann müssen sie erst die Welt dafür um Erlaubnis bitten und ein Memorandum einreichen, in dem vom afrikanischen Erdteil, von Rußland und von Osteuropa die Rede ist, wobei aber Südamerika und Ostasien gemeint sind, und in Wirklichkeit doch nur Ostpreußen...

„Mir wird von alledem so dumm, als ging' mir ein Mährer im Kopf herum.“

Inzwischen ist ja die „Totalisierung“ des Nazi-Staates mit Riesenschritten weiter geschritten und sie drückt sich immer stärker auch in der Zusammensetzung der deutschen Delegation aus. Deutschland wird von der Außenwelt immer mehr als ein politisches Naturschutzgebiet betrachtet, in dem sich Amokläufer ungehemmt austoben dürfen. Interessant war es allerdings, daß trotz der Abgestumpftheit die die täglichen Nachrichten über neue Gewaltstreiche, Verhaftungen und Mißhandlungen erzeugen, die Kunde des neuesten Vorgehens gegen die Sozialdemokratische Partei größtes Ansehen erregt und den Gegenstand schärfster Leitartikel in der Londoner Presse aller Parteien gebildet hat. Alle Blätter, z. B. der liberale „Star“, der konservative „Daily Telegraph“, der arbeiterteiliche „Daily Herald“, der demokratisch-radikale „Manchester Guardian“, aber auch andere Organe, unterstreichen dabei, daß die Sozialdemokratie noch vor wenigen Monaten trotz Wahlterrors über 7 Millionen Stimmen vereint hat.

Und es ist den Engländern nicht entgangen, daß Hitler, der gegen das eigene Volk so tapfer Krieg führt, inzwischen außenpolitisch wieder einmal vor dem Ausland, vor allem vor dem internationalen Kapital zu Kreuze gekrochen ist, als er nach dem

.....

Rundschau aus dem „Dritten Reich“

Zusammengestellt aus Briefen, Berichten und Mitteilungen.

SA. meutert.

In B., einer Provinzstadt in Sachsen, rücken die SA-Leute, die dort zur Bewachung eingesetzt worden sind, nach und nach ab. Scharführer und Truppführer müssen mit Posten stehen. Die Wachmannschaften erhalten früh eine Schmitte Brot mit Marmelade schwach bestreicht, abends eine solche mit Margarine und ein einziges Radel Wurst oder Käse dazu. — In Hainewalde OL sind verschiedene SA-Leute von der Besatzung schon ausgedrückt. Sie haben das Lagerleben satt, mehr als die Gefangenen. Es kommen immer mehr SA-Leute zur Ablösung. Wenn sie zwei Tage hier sind, verlangen sie schon Urlaub. Ein Wachtrupp, der am Sonntagmorgen bis 2 Uhr hatte, war am Sonntag vormittags noch nicht in das Lager zurückgekehrt. Die SA-Leute spielen viel mit den Gewehren herum und es knallt öfters. Wir bleiben die Alten und halten weiter fest zur Sache. Auch für uns kommt die Stunde der Abrechnung.

Ein Schuß und schon ein Toter.

Am Abend des 8. Mai werden Schutzhäftlinge in das besetzte Gebäude der Löbauer Volkszeitung eingebracht. Der 18jährige Landarbeiter Helmuth Sand aus Schönau a. d. Elbe hat als SA-Mann die Schutzhäftlinge zu bewachen. Während seines Wachdienstes setzt er sich auf kurze Zeit auf ein Faß. Dem ihm von seinem Vorgänger im Wachdienst übergebenen geladenen Karabiner, Modell 98, hat er dabei quer über seine Beine gelegt. Als er sich von seinem Platz erhebt, entläßt sich der Karabiner und die Kugel trifft einen Reichsbannermann in den Oberschenkel. Der Schwerverletzte wird sofort in das Stadtkrankenhaus überführt, aber infolge einer Infektion der Schußwunde stirbt er dort am 11. Mai. Der Verstorbene ist verheiratet und hinterläßt Kinder. — Der SA-Mann Sand mußte sich vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Dort mußte er zugeben, daß es sich beim Erhalt des Karabiners nicht davon überzeugt habe, ob die Waffe gesichert sei. Den fahrlässigen Umgang mit der Waffe hielt das Gericht für bewiesen. Es verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis, mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren. — Das ist so gut wie freigesprochen. Der Tote ist ja nur ein Marxist.

Naziotisches aus einer sächsischen Kleinstadt.

Löbau i. Sa. ist eine typische Nazidomäne. Dort unterhält der Naziführer Daum, der nebenbei Stadtrat ist, ein Café. Sein Bruder ist SA-Mann und als notorischer Saubold be-

bombastisch verkündeten Auslandsmoratorium ausgerechnet den Zinsendienst der Dawes- und der Younganleihen wieder aufzunehmen versprochen hat!

Nachschrift der Redaktion:

Inzwischen hat sich der Schwerpunkt der Affäre nach Moskau verschoben. Der Vertreter Rußlands auf der Wirtschaftskonferenz, Litwinoff, hatte zunächst versucht, die Sache humoristisch zu nehmen indem er der Presse erklärte:

„Gewisse Elemente um und in der deutschen Regierung, haben in der letzten Zeit die Welt mit Ideen zu bezücken versucht, die die öffentliche Meinung aller Länder spontan als phantastisch und extravagant bezeichnet hat. Die deutsche Regierung selbst hat uns wiederholt empfohlen, dieselbe Haltung zu diesen Ideen zu wahren und sie nicht ernst zu nehmen.“

Die deutschen Delegierten, so schloß Litwinoff, hätten es offenbar für ihre Pflicht gehalten, in dieser ernsten Zeit für etwas Aufheiterung zu sorgen.

In Moskau hat man die Sache weniger heiter aufgenommen und hat eine messerscharfe Note nach Berlin gesendet, in der gegen alle Interventions- und Kolonisationsabsichten Protest eingelegt wird. Herr von Bülow, noch immer Staatssekretär im Reichsaußenministerium, hat — was sollte der arme Teufel machen — die Note ebenso scharf zurückgewiesen. Damit wäre man auch mit dem großen Rußland wie zuvor mit dem kleinen Oesterreich in einen Konflikt geraten, der nicht einmal auf irgendwelchen ernstesten Ursachen beruht, sondern in ganz sinnloser Weise vom Zaune gebrochen worden ist. Der Umfang seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland macht es aber dem Sowjetreich viel leichter, einen wirksamen Druck auszuüben. Macht es damit ernst, so werden die Berliner Maulhelden vor ihm ebenso kuschen, wie vor Franzosen und Engländern.

.....

kannt. Jetzt hat man ihm die gelbe Jacke ausziehen müssen und ihn in die Irrenanstalt nach Schweidnitz gebracht, weil „der rauhe Krieger“ in total besoffenem Zustande auf öffentlicher Straße auf harmlose Passanten schloßen wollte.

SA. stiehlt bei Haussuchung.

Eine wilde Horde SA-Leute dringt in die Wohnung eines führenden Parteifunktionärs. Sie waren schon oft da, aber immer mußten sie erfolglos abziehen. Heute wollen sie nun ganz gründlich Haussuchung abhalten. Die Frau des Genossen hat die Gewohnheit, ihre Geldtasche in dem Topflappenbehälter über dem Ofen zu verbergen. Sie besitzt nur noch wenige Mark. Die SA-Leute haben sich in der Küche niedergelassen, da klingelt es draußen an der Wohnungstür. Die Frau geht hinaus, ihre Milchfrau ist gekommen. Sie kommt zurück in die Küche, die Geldtasche zu holen, um bezahlen zu können. Aber die Geldtasche ist weg. Sie wird wütend und beschwert sich sofort bei dem mit anwesenden Polizeikommissar, der sich in einem anderen Wohnraum gerade zu schaffen macht. Er kommt mit der Frau zurück, ist ärgerlich über den Vorfall und brüllt die braunen Soldaten an: „Wer hat der Frau die letzten paar Mark gemausht! Heraus damit!“ Peinliches Schweigen. Da endlich greift der jüngste der rauhen Krieger langsam in die Hosentasche und bringt die Geldtasche hervor.

Luftmanöver im Dritten Reich.

Zu den großen und kleinen Schiebungen, die „im Zuge der nationalen Erhebung“ einander ablösen wie ein Tag den andern, gehört auch der Fall des Fliegers Ernst Udet. Wie man weiß, wurde Udet, der bis dahin mit dem Nationalsozialismus keineswegs sympathisierte, von Ministerpräsident Göring zum obersten Fliegerhelden der deutschen Nation ernannt. Er durfte am 1. Mai über dem Tempelhofer Feld seine Kunststücke zeigen, er wurde geehrt und gefeiert, aber welcher politische Kuhhandel diesen windigen Luftmanövern vorausgegangen war, darüber ist natürlich nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Man muß nämlich wissen, daß Udet während des Weltkrieges bei derselben Fliegerstaffel in Ulm stationiert war, der auch Hauptmann Göring angehörte. Und man muß weiter wissen, daß der „von echtem Frontgeist“ erfüllte Hauptmann Göring bei Kriegsende der erste war, der, gegen den Willen der andern, kategorisch erklärte, er wolle sich dem neuen Regime zur Verfügung stellen. Darob große Empörung bei seinen Kameraden. Als nun Göring vierzehn Jahre später Ministerpräsident in Preußen wurde, forderte er seine ehemaligen Mitkämpfer auf, einen Revers zu unterschreiben, worin sie sich ehrenwörtlich verpflichten sollten, „gewissen Gerüchten“, die über die Person des Ministerpräsidenten Göring in Umlauf seien, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Zur Belohnung machte er Udet zum Admiral der deutschen Luftflotte und ließ ihn am „Tage der nationalen Arbeit“ über Berlin schaufliegen.

Wie heißt doch die Melodie, die der Deutschlandsender als Pausenzeichen eingeführt hat? „Ueb Immer Tren und Redlichkeit...“ Wir schlagen einen andern Text vor. Er heißt: Eine Hand wäscht die andere.

Gefangene werden ausgeplündert

Mit besonderem Sadismus werden in Württemberg politische Gegner verfolgt. Dort sind die ersten und größten Konzentrationslager eingerichtet worden, viele tausend Menschen wurden ihrem Erwerb und ihrer Familie entrissen.

Man hat den Schutzhaft-Gefangenen aber nicht nur die Freiheit und die Gesundheit geraubt, man will ihnen jetzt auch noch ihr letztes hübsches Hab und Gut entziehen. Die württembergische Regierung hat angeordnet, daß die in den Konzentrationslagern untergebrachten Gefangenen, soweit sie im Besitz von Vermögen sind, für die Kosten nicht nur ihrer eigenen Schutzhaft, sondern auch für die ihrer Schicksalsgenossen aufkommen müssen.

Die schlimmsten Zuchthäusler werden vor Neid erblassen, wenn sie von diesen barbarischen Methoden erfahren. Die Welt aber wird diese amtliche Mitteilung als einen neuen Beweis tatsächlicher Grauel ansehen.

Christliche Gewerkschaften geächtet

Nur kampfschlossene Gegenwehr ist nützlich.

Als am 2. Mal der Gewaltstreich gegen die Freien Gewerkschaften erfolgte, schalteten die christlichen Gewerkschaften sich freiwillig gleich. Zur Belohnung wurden ihre Führer in ihren Aemtern belassen und einige von ihnen sogar in den großen Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront aufgenommen.

Aber die Futterkrippensucht und die schrankenlose Machtgier der Nazis hat sich nicht lange bändigen lassen. Am 22. Juni hat Ley eine Verfügung erlassen, daß alle katholischen und evangelischen Arbeitervereine als staatsfeindlich betrachtet werden und verschwinden müssen. Der Nationalsozialismus, so hieß es in der Verfügung des Ley, habe den christlichen Gewerkschaften und anderen bürgerlichen Gruppen gegenüber großzügig handeln wollen. Diese Tat sei mit Undank und Unloyalität beantwortet worden. Außerdem habe sich bei den christlichen Gewerkschaften größte Korruption herausgestellt. Die Mitglieder des großen Arbeitskonvents der deutschen Arbeitsfront Otte, Baltrusch, Professor Brauer, Behrends, Stegerwald, Imbusch u. a. wurden deshalb aus der deutschen Arbeitsfront ausgestoßen. Sie alle seien geächtet.

So hat auch die Männer im bürgerlichen Lager, die geglaubt haben, den Nazis Vertrauen schenken zu dürfen, und die bereit waren, zu gemeinsamer Arbeit mit ihnen, sehr bald der Bannfluch getroffen. Die Illusion, sich von den Freien Gewerkschaften trennen zu können, um selbst das Leben und die Existenz zu behalten ist grausam vernichtet. Nicht schmachvolle Unterordnung, nur kampfschlossene Gegenwehr kann die Macht der Nazis brechen.

Auch das christliche Gewerkschaftsorgan gestohlen!

Die Tageszeitung „Der Deutsche“, früher Organ Stegerwalds, des Führers der christlichen Gewerkschaften, wird ab 1. Juli 1933 als Zentralblatt der deutschen Arbeitsfront unter der Herausgeberschaft des Führers der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, erscheinen.

Neuer Rückzug vor Warschau

Das deutsche Generalkonsulat in London hat einer Reihe polnischer Staatsbürger, die durch Deutschland nach Polen zurückreisen wollten, das Durchreisevisum verweigert, weil sie Juden sind. Diese Nachricht wurde laut Daily Herald vom polnischen Konsulat in London auch bestätigt. Inzwischen aber hat die polnische Regierung gegen diese Benachteiligung ihrer Staatsbürger, die infolge Verweigerung der deutschen Durchreisevisums große Umwege machen mußten, mit dem Erfolge protestiert, daß nunmehr das Durchreisevisum wiederum ohne Rücksicht auf Konfession oder Abstammung allen polnischen Staatsbürgern erteilt wird.

Der Geflüherhut

Die „Kreuzzeitung“ berichtet, daß das Amtsgericht Karlsruhe einen Bahnangestellten, der bei der Absingung des Horst-Wessel-Liedes sich weigerte, den Arm zu erheben, wegen groben Unlags verurteilt hat, mit der Begründung, daß der Hitlergruß zu einem Symbol des ganzen deutschen Volkes geworden ist.

Ein Tag der deutschen Schmach!

Zur Geschichte der Judenhetze

Die Verfolgung der Juden in Deutschland nimmt wieder größeren Umfang an. Die Entlassung aller jüdischen Angestellten zum 1. Oktober ist angeordnet, jüdische Kaufleute werden nach wie vor boykottiert, jüdische Aerzte und Rechtsanwälte trotz Zulassung an der Ausübung ihres Berufes verhindert. Was am 1. April, dem Tage des öffentlichen Judenboykotts nicht erreicht wurde, soll jetzt durch zähe unterirdische Arbeit nachgeholt werden.

Das folgende Kapitel: „Ein Tag der deutschen Schmach!“ das wir einer Broschüre entnehmen, die die Sozialistische Arbeiter-Internationale der Weltöffentlichkeit als „Das erste Quartal der Herrschaft Hitlers“ vorlegen wird, besitzt deshalb aktuelle Bedeutung.

„Es rast der See und will sein Opfer haben!“

In völliger Verkennung der Stimmung in der Welt wurde am 27./28. März in Besprechungen zwischen Reichskanzler Hitler und Reichspropagandaminister Goebbels auf Hitlers Landsitz bei Berchtesgaden der Boykott gegen die deutschen Juden beschlossen. Der neue Reichspropagandaminister stand angesichts der wachsenden Weltbewegung gegen die Terrorregime in Deutschland vor seiner ersten großen Fachaufgabe. Es hat sich herausgestellt, daß er lediglich über die Register der unwahrhaftigen Massenaufpeitschung aus seinen Versammlungen verfügte. In jahrelanger Agitation unter sinnlos aufgepeitschten Massen hat er sich ein Maß von Zynismus und Menschenverachtung angeeignet, das ihn unfähig macht, echte moralische Empörung, die die ganze Welt ergriffen hatte, zu verstehen. Er glaubte, der öffentlichen Meinung des Auslandes gegenüberzutreten zu können wie einer von nationalsozialistischem Rausch befallenen Massenversammlung. Die Empörung des Rechtes und der Gesittung sollte unter den Stiefelabsatz getreten werden. Von aller sittlichen Wertung abgesehen, bedeutete dieser Boykottbeschuß ein trauriges Armutzeugnis der neuen Machthaber. Alle Höllenhunde der antisemitischen Hetze wurden unter Führung des Radauantisemiten Julius Streicher aus Nürnberg entfesselt.

Es ist in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß eine Regierung, weil ihr die moralische Verurteilung der unter ihrer Herrschaft verübten Greuel in der öffentlichen Meinung der Welt mißfiel, nunmehr ganz offiziell die Judenverfolgung betrieb. Es muß festgestellt werden,

daß eine Trennung zwischen Regierung und nationalsozialistischer Partei bei dieser Judenverfolgung nicht vorgenommen werden darf.

Dieser Boykott gegen die deutschen Juden war eine offizielle Repressalie gegen die öffentliche Meinung des Auslandes. Es ist ein Zeugnis für den ganzen Mangel an Verständnis für den Geist des Auslandes bei den neuen Machthabern, daß sie glaubten, mit einem solchen brutalen Bekenntnis zum Pogrom auf die Mentalität z. B. der englischen Konservativen wirken zu können! Weil aus konservativer Anhänglichkeit an die Grundprinzipien des Rechtsstaates die öffentliche Meinung, beispielsweise in England, sich einhellig gegen die Judenverfolgungen empört hat, sollten die deutschen Juden nun erst recht verfolgt werden! Damit wurde manifestiert, daß der Bruch mit dem Rechtsstaat vollständig war, daß alle Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier der Verfassung von Weimar standen, sondern auf tief eingewurzelter moralischer Überzeugung beruhten, ausgestrichen waren.

Am 29. März veröffentlichte die Nationalsozialistische Partei ihren Boykottaufruf gegen die deutschen Juden. Am selben Tage erklärte Reichskanzler Hitler in einer Kabinettsitzung, seine Partei habe diesen Boykott proklamieren müssen, „um spontanen Aktionen zuvorzukommen und sie zu kanalisieren.“ Diese politische Moral nach dem Grundsatz: Wenn andere spontan Juden totschiessen wollen, so schlage ich sie lieber selber organisiert tot, ist der Beweis für das absolut enge Zusammenspiel der Spitze der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei in der Verfolgung der Juden.

Das Reichs-Kabinett wurde vor dem in Berchtesgaden gefaßten Beschluß und dem Boykottaufruf als vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Der Boykottaufruf der N. S. D. A. P. überschlug sich in aufhetzenden Tönen. Es hieß darin: „Gewissenlose landesverräterische

Hetzkampagne... Lügenverleumdungen, Greuelmärchen... Ein Klüngel jüdischer Literaten, Professoren und Geschäftsmacher... Verantwortlich sind die Juden unter uns.“ Es wurde aufgefördert, überall Aktionskomitees gegen die deutschen Juden zu bilden, die Zeitungen auf das schärfste zu überwachen, damit sie die Boykottaufrufung an führender Stelle abdruckten, tausende von antisemitischen Massenversammlungen zu veranstalten und besonders die Juden auf dem flachen Land zu verfolgen. Am 30. März erfolgten neue Anordnungen, unter denen besonders die Aufforderung hervorstach, jüdische Geschäfte mit einem gelben Fleck auf schwarzem Grunde zu kennzeichnen. (Der gelbe Fleck war im Mittelalter, zur Zeit des Ghettos, das Zeichen, das Juden sichtbar auf der Kleidung tragen mußten, um von Jedermann schon von weitem als Jude erkannt zu werden). Der Text der Boykottplakate, die an sämtlichen Plakatsäulen Deutschlands angeschlagen wurden, stipfelte in der Behauptung, der Jude ist an allem schuld, der Jude ist unser Unglück. Ein gewaltiger Propaganda-Apparat wurde für die Judenhetze aufgebaut. Die Aufrufe und Anordnungen wurden täglich mehrmals durch alle deutschen Rundfunksender der Bevölkerung mitgeteilt.

alle deutschen Zeitungen wurden gezwungen, diese Boykott-Aufforderung an führender Stelle abzudrucken.

Besonders unwürdig war die Rolle, die ausgesprochen jüdische Zeitungen wie die Blätter des Verlages Rudolf Mosse in Berlin dabei spielten.

Das anständige Deutschland unterlag dem Druck des Terrors. Dennoch setzte eine Gegenwirkung ein, namentlich von den Kreisen, die mit starrem Entsetzen erkannten, wie diese ungeheuerliche Pogromhetze auf das Ausland wirken mußte. Am 31. März wurde der Boykott, der ursprünglich als Dauerboykott gedacht war, auf einen Tag befristet. Aber der ungeheure moralische Schaden, den die Entfesselung dieser barbarischen Pogromhetze dem Ansehen Deutschlands zugefügt hat, war damit nicht wieder gutzumachen.

Schon am 30. und 31. März erfolgten in allen Teilen Deutschlands Boykottaktionen. Am 31. März, abends, lübelte das Organ des Reichspropagandaministers Goebbels in Berlin, der „Angriff“: „Die Stunde ist da.“ Am 1. April rollte sich das traurige Schauspiel des Judenboykotts ab, das auf ewig eine Schande für Deutschland bleiben wird. Was an diesen Tagen an ideellen Werten in Deutschland und für Deutschland zerstört worden ist, ist unübersehbar. Die Schließung von Geschäften, die Beschimpfung jüdischer Geschäftsinhaber,

Pardon wird nicht gegeben!

Das Wort, das der sogenannte Minister Goebbels neulich zitierte — „Pardon wird nicht gegeben!“ — stammt aus einer Ansprache, die Wilhelm II. im Sommer 1900 an die Truppen des Generals von Waldersee richtete, als diese im Bremerhafen eingeschifft wurden, um an der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China teilzunehmen. Wilhelm II. sagte damals:

„Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wie der Hunnenkönig Etel seinen Namen furchtbar machte für alle Zeiten, so sollt ihr dafür sorgen, daß 1000 Jahre lang kein Chinese mehr es wagt, einem Deutschen sheel anzusehen.“

Damals schrie die ganze Welt vor Entsetzen darüber auf, daß ein deutscher Kaiser seinen Soldaten die Hunnen als Vorbild empfohlen und ihnen befohlen hatte, nach Hunnenart wehrlose Gefangene abzuschlachten. Als dann nach 14 Jahren der Weltkrieg ausbrach, erinnerte die Entente-Prese wieder an die berüchtigte Hunnenrede der toten Kaisers, und in der ganzen Welt nannte man die Deutschen „die Hunnen“.

Jetzt hat der Propagandaminister des Dritten Reiches die Erinnerung an diese Hunnenrede durch ein eindruckvolles Zitat aus ihr wieder aufgefrischt. Man kann nicht bestreiten, daß dieses Zitat aktuell ist. Denn die Folterung und Tötung wehrloser Gefangener ist heute in Deutschland gang und gäbe. Der Unterschied zwischen einst und jetzt besteht nur darin, daß es sich nicht mehr um Chinesen handelt, denen kein Pardon gegeben wird, sondern um deutsche Familienväter und Frontkämpfer, die nach keinem Gesetz der Welt sich etwas zuschulden kommen ließen und die in jedem zivilisierten

Land der Welt als geschützte Bürger gänzlich unangefochten leben dürften.

Was aber China betrifft, so saß 1919 sein Vertreter in Versailles bei der Ueberreichung des Friedensvertrages an der Tafel der Sieger. Wilhelm, der Hunnenredner, war aber schon in Amerongen und ging später nach Doorn.

die Beschmierung ihrer Geschäfte mit unflätigsten Beleidigungen, die Zerstörung ihres Kredits, die Entfesselung des geringsten Konkurrenzneides und der niedrigsten Radauinstinkte, das war das Werk der neuen Machthaber.

Der Haß und die Verblendung gingen soweit, daß jüdische Kinder aus den Schulen nach Hause geschickt wurden, mit der Begründung, daß an jüdische Kinder kein Schulunterricht erteilt werden dürfe!

Es muß zur Ehre des deutschen Volkes festgestellt werden, daß sich trotz dem Terror überall Stimmen des Protestes, des Zornes und der Empörung gegen die Boykott-Banden des Reichskanzlers und des Reichspropagandaministers erhoben haben. Es zeigte sich, daß die Moral im deutschen Volke noch nicht völlig erloschen ist. Aber dieser Tag der Schande und des Irrsinns läßt sich nicht auslöschen. Die willfährigen Organe der Regierung versicherten, es sei alles in völliger Ruhe und ohne Störung der Ordnung abgegangen. Nachrichten über schwere Ausschreitungen wurden unterdrückt. In Kiel verteidigte sich ein aufs schwerste bedrängter Jude mit der Waffe gegen eine Pogrombande. Die amtliche Meldung fälschte den Tatbestand in einen unprovizierten Angriff des Juden um. Der Unglückliche wurde später von den Pogrombanden aus dem Polizeigefängnis herausgeholt, ohne daß die Polizei ihn schützte. Er wurde ermordet.

Es ist kein Zweifel, daß die Befristung der öffentlichen Boykottaktion nicht zuletzt auf die ungeheure Empörung zurückzuführen war, die sich der öffentlichen Meinung des Auslandes bemächtigt hat. Aber der stumme Pogrom wurde nun erst recht mit verbissener Wut weiter durchgeführt. Er richtete sich in erster Linie gegen jüdische Intellektuelle, Richter, Rechtsanwälte und Aerzte.

Was jüdische Gelehrte und Forscher, was jüdische Philantropen und Aerzte in Deutschland für das Volk und seine Wohlfahrt wie für die Wissenschaft geleistet haben, soll von der antisemitischen Welle ausgelöscht werden.

Die Verfolgung und Existenzvernichtung der Juden ist grausam und schrankenlos. Die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte, die an den Gerichten zugelassen werden, wird überall auf ein lächerliches Minimum beschränkt. Aus den Krankenhäusern sind jüdische Aerzte restlos verdrängt worden. Die Zeitungen wurden gezwungen, jüdische Redakteure und Mitarbeiter zu entlassen. In wirtschaftlichen Organisationen, Börsenvorständen, Maklervereinigungen wurden die Juden hinausgeworfen. In den Schlacht- und Viehhöfen werden jü-

Braune und schwarzweiß-rote Emigranten

In Prag und Paris mehren sich die landflüchtigen Stahlhelmer, atmen in „Feindesland“ auf und zeigen sich hocheifrig darüber, daß es noch Demokratien gibt und daß man beim „Erbfeind“ vor der „nationalen Erneuerung“ sicher ist. Zwei von ihnen erklärten vor Prager Emigranten-Ausschüssen, sie seien geflohen, weil sie zuviel wußten und weil ihnen die „Einigung aller Deutschen“ lebensgefährlich wurde. Da der Zuzug von dieser Seite andauert, wäre es Bruderpflicht der Deutschnationalen, endlich eigene Emigrantenkomitees einzurichten, denn sie können doch die erste Hilfe für geflohene Stahlhelmer nicht allein den Demokraten und Sozialisten überlassen. Die deutschnationalen Blätter aller Abarten hingegen mögen ruhig weiter auf die „marxistischen Ausreißer“ schimpfen. Aber sie sollten allmählich sagen, wie sie sich zu den landflüchtigen Erneuerern zu stellen gedenken, zumal im Ausland sehr bald mit dem Andrang getürmter Nazioppositioneller zu rechnen ist. Wer soll sich da überhaupt noch auskennen? Oesterreichische Naziausreißer sind auf der Flucht vor Dollfuß bereits in Deutschland eingelaufen, deutsche Naziopposition flüchtet hinter den Stahlhelmer her nach Kopenhagen und Zürich, Prag und Paris — es ist notwendig, daß berufene nationale Ausschüsse in dieses Durcheinander endlich Ordnung bringen.

dische Händler und Metzger nicht mehr zuge-lassen. Täglich laufen aus allen Teilen des Reiches Meldungen über die systematische Existenzvernichtung der Juden zusammen.

Ein besonders empörender Fall ist

der Fall des Verlages Rudolf Mosse in Berlin,

der neben anderen Zeitungen das in der Welt bekannte „Berliner Tageblatt“ herausgibt. Diese Zeitung war ein freiheitliches Organ, daneben ein ausgesprochenes jüdisches Familienblatt. Der Besitzer ist Jude. Unter dem Druck des Terrors änderte das „Berliner Tageblatt“, wie die anderen in diesem Verlag erscheinenden Zeitungen seine Meinung vollständig. Diese Zeitungen wurden zu Dienern und Speichelleckern des neuen Systems. Die führenden Redakteure dieser Zeitung wurden rücksichtslos auf die Straße geworfen, jeder jüdische Name aus dem Redaktionsstab ausgemerzt. Damit aber nicht genug. Der jüdische Besitzer dieses Verlages hat sich dem Druck des antisemitischen Terrors so weit gefügt, daß er 120 jüdische Angestellte seines Verlages, darunter kleinste Leute mit niedrigsten Einkommen auf Verlangen der Boykottbetzer auf die Straße geworfen hat. Diese Angestellten haben sich nichts zuschulden kommen lassen, sie sind brotlos gemacht worden und gehen einem traurigen Lose entgegen, nur, weil sie Juden sind!

Eine derartige Unterwerfung eines bisher im Ausland hoch angesehenen Verlages unter den niedrigsten Antisemitismus läßt auf die Stärke des stummen Pogromes schließen. Das Mittel, das vorzugsweise dabei angewandt wird, ist die Drohung mit der Auflösung von Bankverbindungen und Kreditdrosselung. Es sind daran Banken beteiligt, an deren Spitze bisher noch in der ganzen Finanzwelt hoch angesehene Juden stehen. Bis jetzt noch!

Dieselbe Drohung wurde auch gegen andere Unternehmungen angewandt: Am 5. April meldete die Handels-Presse:

„Die folgenden Vorstandsmitglieder der Leonhard Tietz A. G.-Köln haben dem Aufsichtsrat ihre Aemter zur Verfügung gestellt: Dr. Alfred Leonhard Tietz, Julius Schloß, Franz Levy, Franz Baumann, Gerhard Tietz. Ferner haben die Herren Max Grünbaum, Max Baumann, Albert Bendix, Fritz Hochheimer, Kurt Meyer, Louis Schloß, Dr. Fritz Oppenheimer, Dr. P. Rosenberg ihre Aemter als Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft niedergelegt. Bei der Tochtergesellschaft des Unternehmens, der E. H. P. A. G. für Einheitspreise-Köln sind die Herren Dr. Eitel, Franz Levy, Julius Schloß und Gerhard Tietz aus dem Aufsichtsrat, die Herren Ernst Baumann und Hans Cahen aus dem Vorstand ausgeschlossen.“

Ebenso hat das gesamte Präsidium des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser E. V.-Berlin seinen Rücktritt erklären müssen, das geschäftsführende Präsidialmitglied, Professor Georg Bernhard mußte endgültig aus dem Verbands ausscheiden.

In der gesamten Konfektion geht ebenfalls ein stummer Pogrom vor sich. Er betrifft nicht nur Inhaber und leitende Angestellte, sondern auch die mittleren und unteren Gruppen von Angestellten und Arbeitern.

Wer Jude ist wird entlassen.

Städtische Gesellschaften boykottieren systematisch jüdische Lieferanten, jüdische Angestellte und Arbeiter werden entlassen.

Diese Existenzvernichtung des Judentums geht unaufhaltsam weiter. Die schlimmste und erbärmlichste Form der Rassenkämpfe wird von den neuen Machthabern in Deutschland unter Einsatz der Staatsmacht gefördert. Der antisemitische Jargon ist Staatssprache geworden. Die Berliner Polizei nahm Haussuchungen in vornehmlich von Juden bewohnten Vierteln vor. Sie benannte diese Aktion offiziell „Razzia im Berliner Ghetto“. Ein Rundfunkwagen begleitete die Polizisten. Beamte, Polizeiarzte und Berichterstatter beschimpften die jüdische Bevölkerung während der Haussuchung mit antisemitischen Gemeinheiten.

Letzte Verzweiflung hat die betroffenen deutschen Juden ergriffen. Die Zahl der Selbstmorde von Juden ist unheimlich angewachsen. Ein einziger erschütternder Fall vom 1. April aus Heidelberg: Ein junger Jurist, hochbegabt, auf das glänzendste beurteilt, wurde aus dem Amt gewiesen, weil er Jude ist. Als er heimkehrte, sah er an der Tür seiner väterlichen Wohnung — sein Vater ist ein hochangesehener Mediziner — den gelben Fleck. Der junge Mann, der dem Lande, dem er dienen wollte, nicht dienen durfte, der sich und die Seinen verfolgt sah wie Aussätzige oder Verbrecher, hat sich selbst den Tod gegeben. Bei den gegenwärtigen Machthabern in Deutschland wiegt das Leben eines Juden federleicht. Aber es ist die große Hoffnung des anständigen Deutschland, daß noch nicht alle Moral und Menschlichkeit in der Welt erstarben ist!